



Radikalisierung durch Verschwörungs- erzählungen

ZURÜCK AUF LOS

Die Politik tut sich schwer damit, die unsägliche Befristungspraxis an Hochschulen zu beenden. **Seite 20**

BILDUNGSHÜGEL

Der Bildungsgipfel der Bundesbildungsministerin blieb ohne greifbares Ergebnis. **Seite 22**

ARBEITSSCHUTZ

Was bedeutet die Pflicht, die Arbeitszeit zu erfassen, für Schulen und Hochschulen? **Seite 28**

Ganz schön schlau!
Könnte von mir sein ...

Laufbahnretter 

Die erste bedarfsgerechte
Dienstunfähigkeitsversicherung

Laufbahnretter  – immer optimal abgesichert!

Mit der ersten bedarfsgerechten **Dienstunfähigkeitsversicherung** mit echter DU-Klausel sind Sie zu jedem Zeitpunkt Ihrer Laufbahn optimal abgesichert. Als **Anwärter** erhalten Sie bei einer Entlassung aufgrund einer Dienstunfähigkeit 100.000 €, um sich in Ruhe beruflich neu orientieren zu können – und das für nur ca. 5 € Beitrag im Monat. Als **Beamter auf Lebenszeit** ist durch Ihren individuellen Verlaufsplan stets die Differenz zum vollen Ruhegehalt abgesichert, wenn Sie aus gesundheitlichen Gründen dienstunfähig werden.

Unsere zertifizierten Experten für den öffentlichen Dienst beraten Sie kostenlos und unverbindlich unter 089 24241291 oder du@check24.de.



Jetzt absichern!
laufbahnretter.de

exklusiv bei

CHECK24 

INHALT

Impressum	3
Auf einen Blick	4
Prämie des Monats	5

Schwerpunkt

Radikalisierung durch Verschwörungserzählungen

Reportage: Workshops als Prävention	6
Islamisten im Netz: Mehr als tausend Worte	10



Digitale Friedenspädagogik in Krisenzeiten	12
Interview: Mehr Aufklärung nötig	16
Interview: Radikalisierungsverläufe sehr individuell	18

Hochschule und Forschung

Reform des WissZeitVG: Zurück auf Los	20
Wissenschaftliche Hilfskräfte: Bayern bewegt sich	34

Bildungspolitik

Der Gipfel: Bestenfalls ein Bildungshügel	22
---	----

Dialog

Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren	
Ruheständler: Weiter, aber anders	23

Hintergrund

Arbeitszeiterfassung in Schule und Hochschule

Bedeutung der Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte	28
Hochschulen: Bewusstseinswandel nötig	31

Tarif- und Beamtenpolitik

Beamte: Ist das Streikrecht käuflich?	36
---------------------------------------	----

Schule

Lehrkräfte aus Drittstaaten: Weiter ausgegrenzt	38
---	----

Medien

Filmrezension: Fenster in fremde Schulwelten	40
--	----

Internationales

Brasilien: Indigener Bildungshunger	42
-------------------------------------	----

Mitgliederforum

45

Diesmal

48

Impressum

Erziehung und Wissenschaft · 75. Jg.
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Vorsitzende: Maike Finnern

Redaktion

Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

Gestaltung

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Verlag mit Anzeigenabteilung

Stamm Verlag GmbH, Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de

Anzeigenschluss: am 5. des Vormonats



ISSN 0342-0671

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG unter www.presse-monitor.de.

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Brutto-Bezugspreis p.a. 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: www.gew.de/ew

ENTSCHEIDENDE RUNDE IN TVÖD-TARIFVERHANDLUNGEN

In den laufenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen haben die Arbeitgeber in der zweiten Verhandlungsrunde Ende Februar ein Angebot vorgelegt, das die GEW-Vorsitzende Maika Finnern als „völlig inakzeptabel“ bezeichnete. Die angebotene Gehaltserhöhung führe nach neun Nullmonaten und einer extrem langen Vertragslaufzeit von 27 Monaten zu weiteren Reallohnverlusten der Beschäftigten. Die avisierte Einmalzahlung verpuffe, weil sie keine Erhöhung der Gehaltstabellen bedeute. Zudem kritisierte Finnern scharf, dass das Angebot keine soziale Komponente für die unteren Einkommensgruppen beinhalte. Nach der zweiten Verhandlungsrunde riefen die Gewerkschaften zu Warnstreiks auf. Der Druck auf die öffentlichen Arbeitgeber ist groß, wie die sehr gute Beteiligung an den Warnstreiks gezeigt hat.



Foto: Mario Schwandt

MEHR ALS 8.000 BESCHÄFTIGTE AUS ALLEN BEREICHEN DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES IN MITTELFRANKEN FOLGTEN IN NÜRNBERG ENDE MÄRZ EINEM WARNSTREIKAUFRUF DER GEWERKSCHAFTEN GEW UND VER.DI.

Die dritte und voraussichtlich letzte Runde fand Ende März in Potsdam (nach Drucklegung dieser E&W-Ausgabe) statt. Die Gewerkschaften verhandeln für rund 2,5 Millionen Beschäftigte und fordern 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro monatlich mehr Gehalt. Im Organisationsbereich der GEW wird für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst verhandelt, beispielsweise für Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialarbeiterinnen und -arbeiter. Für die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hat ver.di die Verhandlungsführerschaft. Alle aktuellen Infos zur Tarifrunde finden Sie auf der GEW-Website unter www.gew.de/troed2023.

TARIFVERHANDLUNGEN BEI BERLITZ GESCHEITERT

Die Tarifverhandlungen zwischen der GEW und der Berlitz Deutschland GmbH sind gescheitert. Der Arbeitgeber legte in der ersten Verhandlungsrunde Mitte März wie bereits 2020 und 2022 kein Angebot vor und verweigerte die Verhandlungen über langfristig wirkende Gehaltssteigerungen; lediglich zu einer Verlängerung der Zahlung einer monatlichen Inflationsausgleichsprämie von maximal 100 Euro um weitere drei bis sechs Monate erklärte sich Berlitz bereit. „Ohne echte Lohnsteigerung kommen wir zu keiner Einigung“, erklärte GEW-Verhandlungsführer Oliver Brüchert: „Das brauchen die Kolleginnen und Kollegen, und das haben sie auch verdient. Sie können nicht eine Krise nach der anderen durch Gehaltsverzicht ausbügeln. Jetzt ist das Management gefragt, bessere Lösungen zu finden.“ Die GEW fordert 8 Prozent mehr Gehalt zuzüglich eines Inflationsausgleichs.

In eigener Sache

Zu dem Artikel von Prof. Klaus Klemm „Wissenswertes zur Teilzeitbeschäftigung“ in E&W 3/2023 erreichten uns zahlreiche Anfragen von Leserinnen und Lesern zu den Zahlen zur durchschnittlichen Wochenarbeitszeit der Lehrkräfte (16,3 Unterrichtsstunden bei Teilzeit-, 21,1 Stunden bei Vollzeitbeschäftigung). Bezweifelt wurde, dass diese Zahlen stimmen; in Wirklichkeit sei die wöchentliche Arbeitszeit höher, schrieben die E&W-Leserinnen und -Leser. Prof. Klemm weist darauf hin, dass es bei diesen Zahlen nicht um die Deputatsverpflichtung der Lehrkräfte (Durchschnitt in allen Lehrämtern), sondern um die durchschnittlich tatsächlich erteilten Unterrichtsstunden je Teilzeit- bzw. Vollzeitlehrkraft gehe. Der Unterschied erkläre sich, so Prof. Klemm, durch die Ermäßigungsstunden (zum Beispiel für Leitungsaufgaben oder als Vertrauenslehrkraft), die dazu führten, dass weniger Stundenumfang bei den Schülerinnen und Schülern ankomme.

PRÄMIE DES MONATS



April: LEGO-Box Classic

Die Start-Box von LEGO mit 484 Teilen in 35 Farben, darunter Fenster, Reifen und Felgen.
Alles in der gelben Aufbewahrungskiste.



Mitmachen lohnt sich!
Ein neues GEW-Mitglied werben und
Deine tolle Prämie gleich online anfordern:
www.gew.de/praeemie



Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

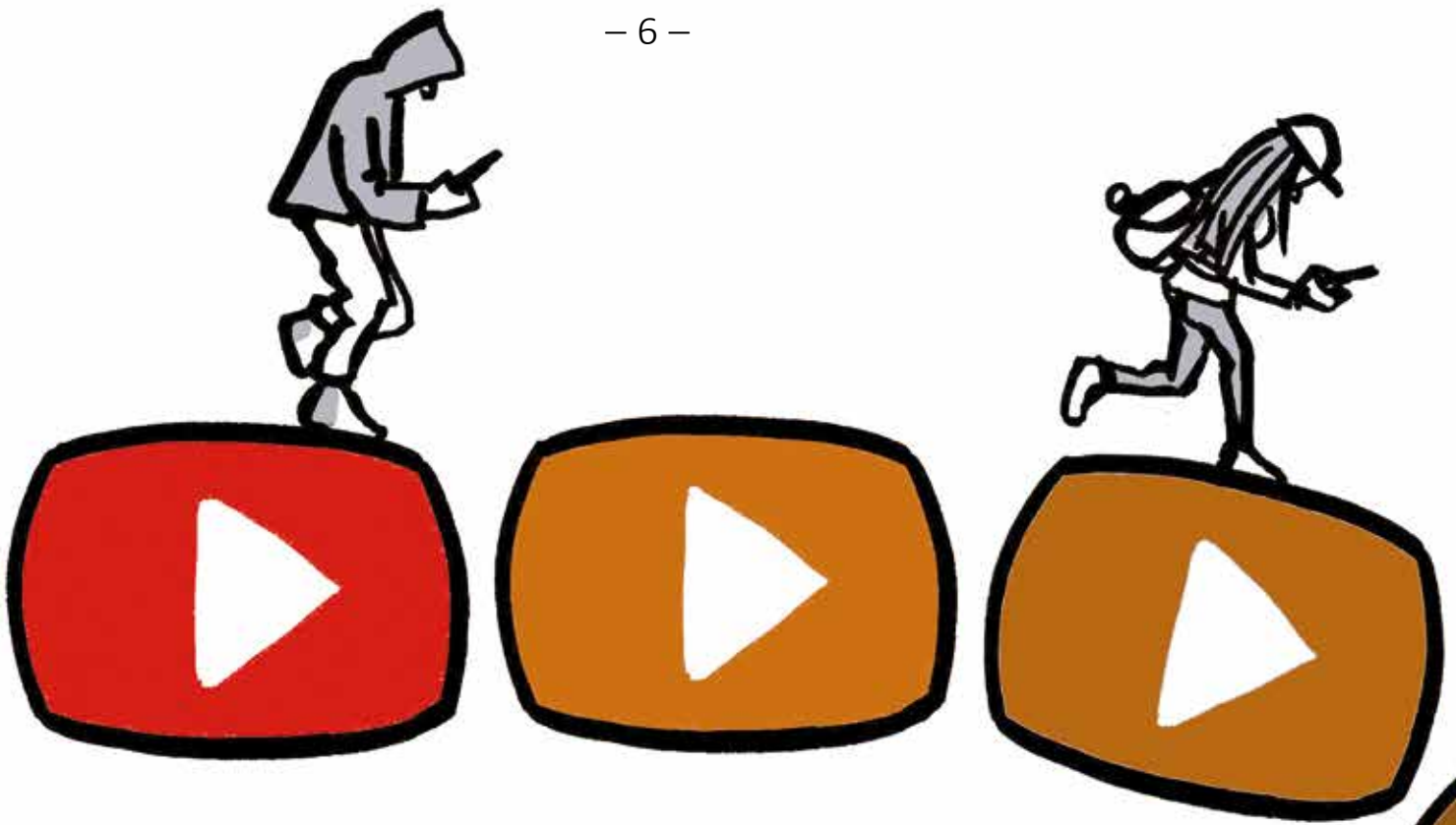
Telefon

PLZ/Ort

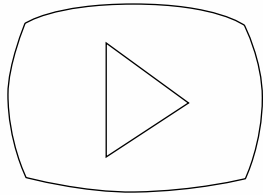
E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102



„DER WEG ZUR RADIKALISIERUNG KANN SEHR KURZ SEIN“



JEANNETTE GODDAR
freie Journalistin

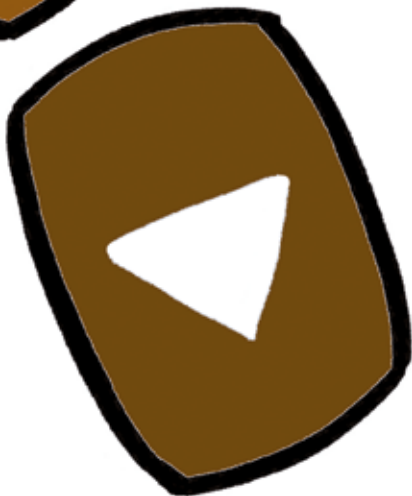
Zahlreiche außerschulische Träger bieten bundesweit Schul-Workshops zum Thema Verschwörungsmythen an. Während einige stark auf Fake News setzen, nehmen andere stärker auch Rassismus, Antisemitismus und Radikalisierung in den Blick. Gut gemacht sind diese Workshops eine Brücke, um Jugendliche zu erreichen.

Wird Désirée Galert zur Frage Verschwörungsmythen in eine Schule gerufen, bittet sie die Schülerinnen und Schüler oft erst einmal um Antworten auf drei Fragen: Wie würdet ihr die Welt beschreiben, in der ihr lebt? Wie fühlt ihr euch, wenn ihr etwas nicht versteht? Wie informiert ihr euch? Was die Jugendlichen auf einem Flipchart notierten, ähnele sich unabhängig von Schulstandort und Klassenstufe auf fast verstörende Weise, so Galert: „Die Welt wird als ungerecht, kapitalistisch, von Kriegen bestimmt beschrieben. Wer etwas nicht versteht, fühlt sich dumm und minderwertig. Oft tut es geradezu weh zu lesen, wie präsent das Gefühl der Machtlosig-

keit unter Jugendlichen ist“, berichtet die Leiterin der Praxisstelle in der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus KIGa e. V. Auch die Frage nach den Informationsquellen wird fast immer gleich beantwortet, ganz oben auf der Liste: YouTube, hier sind zu jedem Thema fast ungefiltert beliebig viele Videos zu finden. „Damit sind die Jugendlichen sofort in einer

Algorithmuslogik, in der die Solidität der Quellen keine Rolle spielt“, erklärt Galert, „und schon wird mit wenigen Klicks Tür und Tor zu allen möglichen Verschwörungsmythen geöffnet.“

Einen Workshop zu Verschwörungsideologien so basal zu beginnen, folgt einer einfachen Logik:



Cartoon: Christiane Pfohlmann

Die Welt wird als ungerecht, kapitalistisch, von Kriegen bestimmt beschrieben. Wer etwas nicht versteht, fühlt sich dumm und minderwertig. Oft tut es geradezu weh zu lesen, wie präsent das Gefühl der Machtlosigkeit unter Jugendlichen ist.



DÉSIRÉE GALERT,
LEITERIN DER PRAXISSTELLE IN DER KREUZBERGER
INITIATIVE GEGEN ANTISEMITISMUS KIGA E. V.

Hätten Kinder und Jugendliche weniger das Gefühl, der Welt ausgeliefert zu sein, wäre so viel Schulungsbedarf gar nicht nötig. „Im Grunde versuchen wir immer auch, das Gefühl zu wecken: Ihr könnt die Welt, die euch umgibt, selbst gestalten und prägen“, sagt die KIGa-Mitarbeiterin. Ein weiteres Thema: Medienkompetenz.

Was unterscheidet eine zuverlässige von einer unzuverlässigen Quelle? Wie dekonstruiert man Bilder? Wie erkennt man Überspitzung?

Fragt Galert die Schülerinnen und Schüler dann schließlich, welche Verschwörungserzählungen sie kennen, öffnet sich eine breite Palette: Oft erzählten schon 12- oder 13-Jährige von Illuminaten oder davon, dass die USA in der Wüste („Area 51“) Aliens

ausbilden, oder auch von der angeblich gemeinsamen Wohngemeinschaft, in der Elvis Presley und Michael Jackson leben. Gelegentlich, aber das sei eher die Ausnahme, trafen sie auf Mythen, die in völkisch-naturalistischen Vorstellungen fußen. „Schülerinnen und Schüler haben in aller Regel noch nicht so gefestigte Weltbilder“, erklärt Galert, „in anderen Gruppen

trifft man weit häufiger zum Beispiel auf klar antisemitische Erzählungen. Umso wichtiger ist es, frühzeitig Denkanstöße zu geben, bestimmte Bilder zu dechiffrieren.“



>>> Der oft beeindruckendste Teil ist, wenn Kinder und Jugendliche selbst in Rollenspiele einsteigen, in denen eine kleinere Gruppe eine zuvor eingeübte Erzählung verficht. Etwa ab der 10. Klasse denken sich die Schülerinnen und Schüler in den Workshops der KlG selbst eine Verschwörung aus; bis dahin bekommen sie eine vorgegeben – etwa die, dass die Autoindustrie gezielt dafür sorgt, dass Busse und Bahnen oft unpünktlich sind. Die größere Gruppe der Teilnehmenden entwirft zugleich eine Strategie, wie sie dagegen argumentiert: Woher hast du die Infos? Hast du Statistiken, Beweise? Schnell stellt sich bei der Übung heraus, wie schwierig es ist, selbst die absurdesten Erzählungen zu entlarven: „Wenn jemand mit Überzeugung etwas vertritt, rhetorisch fit ist und seine Körperhaltung einzusetzen weiß, kommen die anderen kaum dagegen an“, beobachtet Galert in den Workshops. Umgekehrt seien jene, die die Verschwörungsideologen spielen, oft erschrocken, wie leicht sie sich in die Welt derer einfinden können, die an Verschwörungen glauben: „Egal, wie viele Widersprüche es gibt – es ist gar nicht schwierig, den Kreis der Erzählung immer wieder zu schließen. In einem geschützten Raum selbstreflexiv festzustellen, was das mit einem macht, ist ungeheuer wichtig.“ Meist finden die Workshops ab der 7. Klasse statt; die KlG-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter werden aber seit einiger Zeit häufiger auch schon in 5. oder 6. Klassen eingeladen. „Immer mehr Lehrkräfte sehen, wie wichtig es ist, früh mit den Aufklärungsworkshops anzufangen, um die Widerspruchstoleranz zu fördern“, erzählt Galert.

Wer Widersprüche nicht aushält, setzt eher auf einfache Antworten.

Die Fähigkeit, Mehrdeutigkeiten und Widersprüche wahrzunehmen und auszuhalten, ist ein Kernthema der KlG, zu deren Schwerpunkten außer dem Antisemitismus auch der antimuslimische Rassismus gehört. Die Logik dahinter: Wer Widersprüche nicht aushält, setzt eher auf einfache Antworten, Abwertung und Gut-Böse-Schemata.

Ist die Förderung der Widerspruchs-, oft auch Ambiguitätstoleranz genannt, nicht eine Kernaufgabe der Schule? „Doch – und mein Eindruck ist, viele Lehrkräfte würden gern mehr machen“, erwidert Galert, „ihnen fehlt aber die Zeit dafür. Wir sehen als außerschulischer Träger mit großer Besorgnis, wie wenig Zeit und Raum es gibt, um mit Kindern und Jugendlichen in einen

Austausch zu gehen.“ Zugleich bietet ein Projekttag Möglichkeiten, die eine Stundentafel nie hat: „In vier, fünf Stunden können wir wirklich Themen verknüpfen, Strategien entwickeln sowie mit Schülerinnen und Schülern auch über eigene Unsicherheiten, Diskriminierungen sprechen.“ Denn ein weiteres Ziel jedes Workshops ist, immer auch zu vermitteln: „Ausgrenzungsmechanismen betreffen uns alle. Jede und jeder kann zu ‚den Anderen‘ gehören.“



Fast alle Verschwörungserzählungen verbindet die Idee eines Geheimbunds – wer drin ist, gehört zu einem kleinen Kreis Erleuchteter.



WIEBKE ELTZE,
ARGUMENTATIONSTRAINERIN UND REFERENTIN

„Workshops zu Verschwörungsideologien sind ein gutes Vehikel, um Themen wie Rassismus oder Antifeminismus zu besprechen“, sagt Wiebke Eltze. Fast alle Jugendlichen seien fasziniert von Verschwörungsmythen; sie zu dekonstruieren sei für alle spannend: „Ob Schülerinnen und Schüler, Azubis oder Jugendliche, die ein Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren – ich stoße nahezu immer auf große Offenheit“, berichtet die Argumentationstrainerin und Referentin, die unter anderem mit der Amadeu-Antonio-Stiftung und dem Netzwerk Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage zusammenarbeitet. Damit bilde, so Eltze, die Arbeit zum Thema Verschwörungen auch eine gute Brücke, um einer Radikalisierung vorzubeugen – selbst wenn diese nicht akut drohe.

„Ob Außerirdische, Illuminaten oder Reptiloide: Fast alle Verschwörungserzählungen verbindet die Idee eines Geheimbunds – wer drin ist, gehört zu einem kleinen Kreis Erleuchteter“, sagt Eltze, die in den Workshops nicht nur bespricht, wie sich Gefühle der Zugehörigkeit womöglich anders herstellen lassen. Sie nimmt das Thema auch zum Anlass, die Einteilung in „Wir“ und „die Anderen“ zu erörtern – und damit die Konstruktion von „Anderen“-Gruppen, auf die sich alles Böse projizieren lässt. „Schon ist man mitten drin in der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, sagt sie,



„und bei Prinzipien, derer sich auch QAnon* und die Reichsbürger bedienen.“

Dazu passt, dass auch das Autorenteam der sogenannten Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung eine „Überlappung von Verschwörungsglauben und rechtem Weltbild“ konstatiert. „Je stärker die Verschwörungsmentalität“, heißt es in der jüngsten Erhebung von 2021, „desto eher werden Zuwanderung und Globalisierung – und desto weniger der Klimawandel – als Bedrohung angesehen.“ Jüngeren Menschen stellen die Sozialforscher in der Frage der Verbreitung von Mythen indes ein besseres Zeugnis aus als älteren: Während in der Gruppe der 16- bis 30-Jährigen rund jeder Siebte an Verschwörungen glaubt (14,4 Prozent), ist es unter den 31- bis 60-Jährigen mehr als jeder Vierte (26,6 Prozent). Beunruhigend: Fast 14 Prozent der Menschen mit Verschwörungsmentalität billigen die Anwendung von Gewalt, um politische und soziale Ziele zu erreichen; bei Menschen ohne den Hang zu diesen Narrativen sind es nur etwas mehr als 4 Prozent.

Eltze sagt, auch in ihren Workshops gelte es grundsätzlich, den Ernst der Lage im Blick zu behalten. „Ein bisschen droht stets die Gefahr, dass es zu lustig wird – nach dem Motto ‚Haha, Reptiloide, wer glaubt denn an sowas.‘“ Ihr ist wichtig, klarzumachen: „Der Weg von einer Verschwörungsideologie zur Radikalisierung kann sehr kurz sein.“ Als eins von vielen Beispielen nennt sie den Attentäter von Hanau, der im Februar 2020 zehn Menschen erschoss. „Sein rechtsextrêmes Weltbild war maßgeblich von der Vorstellung geheimer Mächte, gepaart mit rassistischen Vernichtungsphantasien geprägt“, erklärt Eltze. Sie mahnt: „Man muss sehr ernst nehmen, wohin dieses Denken führen kann, und was Menschen diesem an Taten folgen lassen.“ ■

*QAnon nennt sich eine 2017 in den USA entstandene Gruppierung mit rechtsextrémem Hintergrund. Die Anhängerinnen und Anhänger vertreten die Auffassung, dass eine weltweit agierende satanistische Elite existiert, die Kinder entführt, sie gefangen hält, foltert und sie ermordet, um aus ihrem Blut ein Verjüngungsserum zu gewinnen.

Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und weiterführende Infos zum Thema: gew.de/ew-4-23

MEHR ALS TAUSEND WORTE

CHRISTOPH RUF
freier Journalist

Islamisten agitieren erfolgreich im Netz – mit professionell aufbereiteten Inhalten, die auf ein junges Publikum abzielen und zutiefst antidemokratisch sind.

Ein Video bei TikTok, der kurze Streifen hat einige tausend Likes: „Wir Muslime werden immer wieder gefragt, was sagen Sie zur Demokratie?“, fragt ein Mann mit rotem Füsselbart. „Ich sage: Dieses Buch, der Koran, ist für mich wichtiger als der ganze Planet Erde. Und jeder Muslim sollte sagen: Dieses Buch ist für mich wichtiger als alles auf der Welt.“

Der Mann, der diese Sätze spricht, sagt „für mich wichtiger“ und ist der aus dem rheinischen Frechen stammende Konvertit Pierre Vogel. Er wendet sich mit Sprache und Habitus an ein junges Publikum. Und erfüllt mit vielen seiner Aussagen die Kriterien, die jugendschutz.net in der Studie „Islamismus im Netz“ heranzieht, wenn Inhalte als „islamistisch“ benannt werden. Die vom Bundesfamilienministerium geförderte Institution fordert dann die Betreiber auf, diese Inhalte zu löschen.

„Indikatoren, bei denen wir genauer hinschauen, sind eine ablehnende Haltung zur Demokratie oder Verabsolutierungstendenzen“, erläutert Bernd Zywiets, Leiter des Bereichs Politischer Extremismus bei jugendschutz.net

und einer der Verfasser der Studie, „wenn also so getan wird, als sei der Islam per se unvereinbar mit Deutschland oder einer Demokratie.“

Im Beobachtungszeitraum von Januar 2021 bis Juli 2022 wurden 557 Verstoßfälle registriert – 90 Prozent davon bei Instagram. Es folgen YouTube, Twitter, TikTok, Pinterest und Facebook, aber auch Alternativplattformen wie Telegram. Die Macher der Seiten schauen sich dabei die Erfolgsrezepte trendiger Influencer ab und widmen sie für ihre Zwecke um. Das strategische Ziel ist dabei, die klassischen Medien zu delegitimieren, um die Jugendlichen auf die eigenen Kanäle bei Instagram und Telegram zu locken, wo sie unbehelligter indoktriniert werden können.

In den Beobachtungszeitraum fiel auch der russische Überfall auf die Ukraine. Der Krieg zwischen zwei „Kuffar“, also „falsch-gläubigen Völkern“, hatte insofern Auswirkungen auf die islamistische Propaganda, als er als Beleg für die These herhalten musste, dass der Westen in der Menschenrechtsfrage mit zweierlei Maß messe. Das beweise, so der Tenor auf den von der Studie untersuchten Seiten, die Besserstellung ukrainischer Geflüchteter gegenüber solchen aus muslimischen Staaten. Dieses „Opfernarrativ“ sieht die muslimische Community als Opfer eines hegemonialen Westens, dem eine Doppel-moral attestiert wird. Noch heute werden deshalb auch die von der US-Regierung erfundenen Massenvernichtungswaffen von Saddam Hussein, die zur Legitimierung des dritten Golf-Krieges 2003 herhielten, in Videos genannt, um dem Westen einen auf Lügen basierenden Krieg gegen Muslime zu unterstellen.

Und fatalerweise, so Zywiets, sei extremistische Propaganda wirksamer, wenn sie einen rationalen Kern



ISLAMISTISCHE GRUPPIERUNGEN WIE DER ISLAMISCHE STAAT VERSUCHEN, JUGENDLICHE IM INTERNET ANZUWERBEN.



Die religiöse Radikalisierung kann auch ein Mittel sein, um gegen ein meistens religiös moderateres Elternhaus zu rebellieren. Das ist ähnlich wie bei jungen Rechtsradikalen aus einem linksliberalen Haushalt.



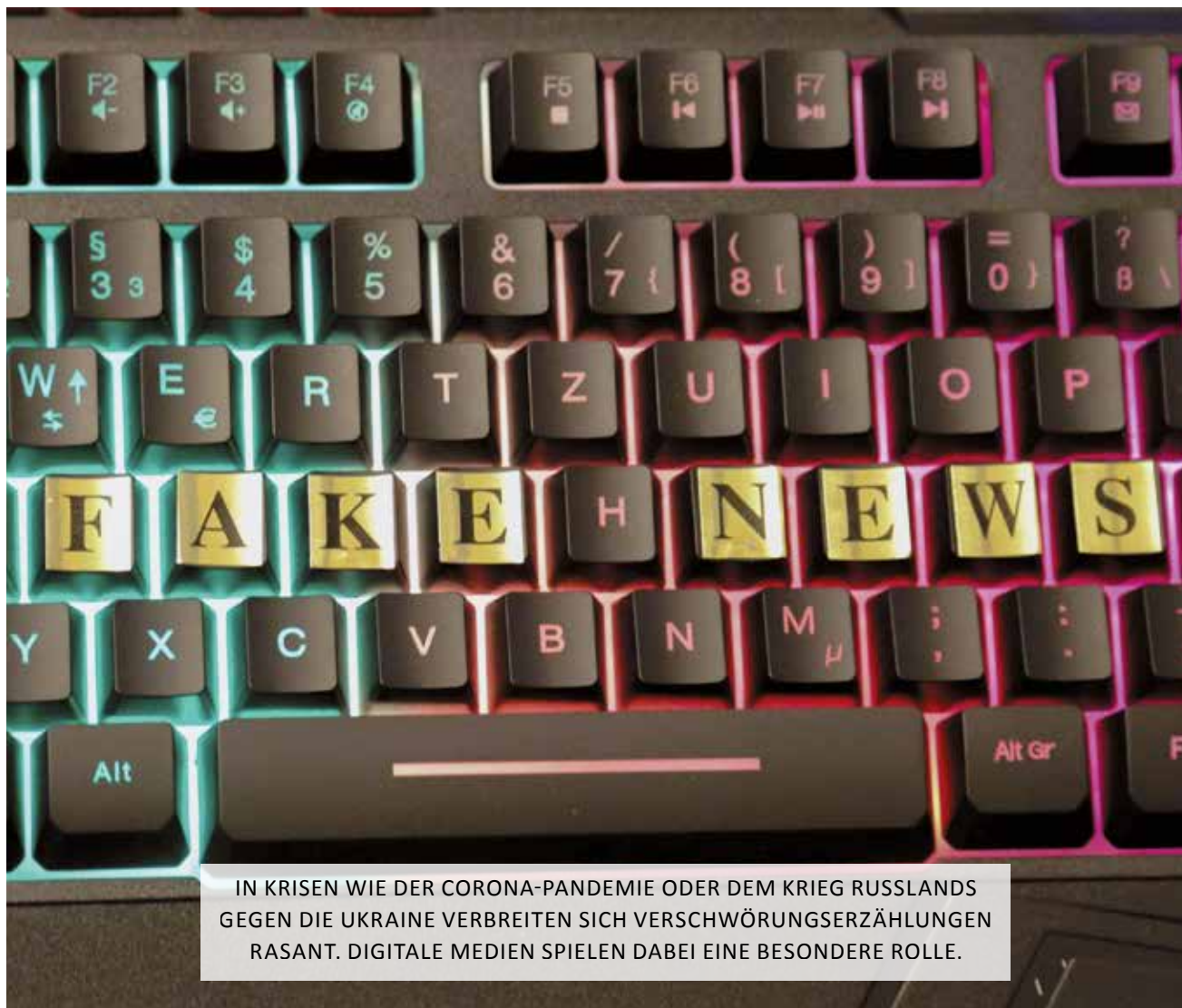
BERND ZYWIETZ,
LEITER DES BEREICHS POLITISCHER EXTREMISMUS
BEI JUGENDSCHUTZ.NET

beinhalte, um den sich eine irrationale und antihumanistische Ideologie weben lasse. Und tatsächlich muss man ja weder Muslim noch Islamist sein, um die Menschenrechtsorientierung der westlichen Welt als widersprüchlich oder heuchlerisch zu empfinden. Jugendliche entwickelten seit jeher in der Phase ihrer Politisierung einen „heiligen Zorn“ angesichts objektiver Ungerechtigkeiten, mit denen sich die Welt der Erwachsenen

arrangiert zu haben scheint, sagt Zywietz. „Die religiöse Radikalisierung kann auch ein Mittel sein, um gegen ein meistens religiös moderateres Elternhaus zu rebellieren. Das ist ähnlich wie bei jungen Rechtsradikalen aus einem linksliberalen Haushalt.“

Auch Mädchen werden in ihrer Selbstfindungsphase angesprochen, beispielsweise, um ihnen einzutricksen, dass Verschleierung „halal“, also dem Propheten wohlgefällig sei. Mehr als tausend Worte – eine im Netz schier unvorstellbare Menge an Text – wirken auch hier Memes und Share Pics: In diesem Fall ein Bild, das zwei Lollys zeigt, einen ebenso geheimnisvoll-verheißend wie hygienisch einwandfrei umwickelten. Und einen unverpackten, mit Dreck bedeckten und von Fliegen umschwirrten. „Bei Themen wie Queerfeindlichkeit oder Geschlechterrollen geben sich Rechtsradikale und Salafisten die Klinke in die Hand“, betont Zywietz. „Und sie legitimieren sich wechselseitig als Feindbild: Da wird der NS-Skinhead als stellvertretend für die Deutschen dargestellt – und umgekehrt der IS-Attentäter als typischer Muslim.“ ■

Siehe auch: E&W-Schwerpunkt 2/2016:
Warum sich junge Menschen radikalieren
Link zur Studie „Islamismus im Netz“: gew.de/ew-4-23



IN KRISEN WIE DER CORONA-PANDEMIE ODER DEM KRIEG RUSSLANDS GEGEN DIE UKRAINE VERBREITEN SICH VERSCHWÖRUNGSERZÄHLUNGEN RASANT. DIGITALE MEDIEN SPIELEN DABEI EINE BESONDERE ROLLE.

Foto: IMAGO/Daniel Schäringer

DIGITALE FRIEDENSPÄDAGOGIK IN KRISENZEITEN

NICOLE RIEBER

Senior Project Manager in der Abteilung Globales Lernen für Konflikttransformation der Berghof Foundation

In der heutigen Zeit multipler Krisen sind Jugendliche mit Ängsten und Sorgen beschäftigt, die ihre Gegenwart betreffen – zum Beispiel die Corona-Pandemie oder der Krieg in der Ukraine –, aber auch ihre Zukunft, die durch den Klimawandel bedroht wird. Gleichzeitig

schreitet die Digitalisierung voran, in sozialen Medien und im Netz verbreiten sich Desinformationen in großer Geschwindigkeit und erreichen damit viele Menschen. Konflikte können online weiter eskalieren und die Radikalisierung Einzelner begünstigen.

Ist Friedenspädagogik in Zeiten wie diesen noch möglich oder überhaupt angebracht? Diese Frage kann mit einem eindeutigen und klaren „Ja“ beantwortet werden. Gerade jetzt ist es umso wichtiger, Kinder und Jugendliche, ja Menschen jeder Altersgruppe, zu stärken und zu ermutigen, sich für Frieden zu engagieren, und ihnen hierzu Wissen und Kompetenzen zu vermitteln. Die digitale Friedenspädagogik kann einen Beitrag leisten: Sie beschäftigt sich zum einen mit dem Einsatz digitaler Tools in der friedenspädagogischen Arbeit und zum anderen mit digitaler Gewalt sowie antidemokratischen Phänomenen wie Desinformation, Hate Speech und Verschwörungserzählungen im Netz. Es bedarf innovativer digitaler Methoden und Bildungsformate, um auf die Herausforderungen zu reagieren, eigenes Handeln im digitalen Raum zu reflektieren und den Transfer für den eigenen Alltag zu gewährleisten.

In der Corona-Pandemie wurde deutlich, welche Rolle das Internet und insbesondere Soziale Medien und Messenger-Dienste bei der Informationsvermittlung und vor allem bei der Verbreitung von Mis- und Desinformation sowie verschwörungstheoretischer Narrative spielen. Sie können zur Eskalation der Konflikte beitragen und sogar Radikalisierungsprozesse Einzelner beschleunigen. „Digital Natives“ unterscheiden nicht mehr zwischen analog und digital, beide Teile sind für sie verwoben und stellen für sie „ihre“ Welt dar. Konflikte finden analog und digital parallel statt und beeinflussen sich wechselseitig.

Russland arbeitet gezielt an der systematischen Verbreitung von Desinformationen – auch in Deutschland –, um Ängste in der Bevölkerung zu schüren und westliche Gesellschaften zu destabilisieren. Das Vertrauen in etablierte Medien soll gezielt erschüttert werden.

Der Krieg in der Ukraine zeigt, dass es sich hierbei auch um einen Informationskrieg handelt, der sich im Netz abspielt. Er zeichnet sich durch eine nie dagewesene Übertragung des Kriegsgeschehens in den Sozialen Medien ab. Dabei sind geteilte Inhalte, die scheinbar aus dem Kriegsgeschehen stammen, nicht immer echt. Auf TikTok sind Nutzerinnen und Nutzer mit einer >>>

Sitzen.
Stehen.
Schieben.



Machen Sie Ihre Schule zu einem gesunden Ort mit unseren Lösungen!

www.rocket-edu.de



**Viel
falt.**
Mediathek

www.vielfalt-mediathek.de



Bildungsmaterial gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt.
Für Demokratie, Vielfalt und Anerkennung.

**Diskriminierung im Klassenraum?
Rechte Sprüche im Seminar?**

Über 2.500 Materialien zum
kostenlosen Download

- > Broschüren und Bücher
- > Unterrichtsmaterial und Arbeitsblätter
- > Trainingsordner und Handbücher
- > Audios und Videos

FEAK

>>> Flut gefälschter Videos konfrontiert, auch wenn sie nicht aktiv nach Videomaterial aus der Ukraine suchen. Russland arbeitet dabei gezielt an der systematischen Verbreitung der Desinformationen – auch in Deutschland –, um Ängste in der Bevölkerung zu schüren und westliche Gesellschaften zu destabilisieren. Das Vertrauen in etablierte Medien soll gezielt erschüttert werden. Umso wichtiger ist es, auch im Unterricht zu thematisieren, wie Fakten von Desinformation zu unterscheiden sind, welche Auswirkungen verschwörungstheoretische Narrative im Kontext von Krieg und Konflikt haben können. Schülerinnen und Schüler sollten im Umgang mit Hate Speech, Desinformation oder Verschwörungserzählungen gestärkt werden, indem ihnen entsprechendes Wissen und Kompetenzen vermittelt werden und sie lernen, das Netz als positiven Gestaltungsraum zu begreifen.

Hier setzt beispielsweise das Projekt „#vrschwrg“ an – ein interaktives, vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendstiftung Baden-Württemberg gefördertes Toolkit gegen Verschwörungserzählungen: Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren werden für Verschwörungserzählungen und die diesen zugrunde liegenden Narrative sensibilisiert. Das Projekt verfolgt einen Peer-Ansatz. Die Materialien und Module wurden gemeinsam mit Jugendlichen entwickelt. So sind zielgruppengerechte Lernmedien entstanden, die an die Lebenswelten der Zielgruppe anknüpfen. Die Lernmedien sind multimedial – von inter-

aktiven Infografiken über Erklärfilme und eine digitale „Schnitzeljagd“ bis hin zu einem Planspiel. Die Workshops werden von ausgebildeten Peer-Trainerinnen und -Trainern angeboten. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die App Streitkultur 3.0. Sie vermittelt im Themenbereich „Fake oder Fakt“ verschiedene Methoden, wie Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft werden können, und ist ebenfalls im Unterricht einsetzbar. Die kurzen digitalen Impulse auf der App öffnen einen Raum für gemeinsame Reflektion und Austausch.

Neben der Vermittlung dieser Kompetenzen gilt es auch, Jugendliche darin zu bestärken, Teil einer digitalen Zivilgesellschaft zu sein und neben Medien- und Informationskompetenzen eben auch deren friedenspädagogische Fähigkeiten im digitalen Raum zu fördern. Weitere Ansätze und Methoden für den Einsatz im Unterricht bietet die Vielfalt-Mediathek, die beispielsweise ein eigenes Themenfeld zu Verschwörungserzählungen anbietet.

Kinder und Jugendliche benötigen erwachsene Bezugspersonen, die ihnen bei der Navigation in der digitalen Welt zur Seite stehen und das Erlebte mit ihnen gemeinsam einordnen können.

Da Jugendliche gerade in Krisenzeiten auch bei Erwachsenen, vor allem Eltern und Lehrkräften, Orientierung suchen, gewinnt die Weiterbildung der Lehrkräfte im Themenfeld Desinformation und Verschwörungserzählungen



tien und die Privatsphäre. Kinder und Jugendliche benötigen erwachsene Bezugspersonen, die ihnen bei der Navigation in der digitalen Welt zur Seite stehen und das Erlebte mit ihnen gemeinsam einordnen können. Hier setzt das Projekt „Digitale.Wahrheiten“ an: Das vom BMFSFJ und der Organisation Humanity in Action geförderte Projekt bietet Lehrkräften und Eltern einen Raum, sich transgenerational über Desinformationen und verschwörungstheoretische Narrative auszutauschen, sich Wissen und Kompetenzen im Umgang mit diesen Phänomenen anzueignen, und ermutigt sie, sich aktiv in eine digitale Zivilgesellschaft einzubringen. Wenn Eltern und Lehrkräfte über Wissen und Fähigkeiten mit Blick auf diese Phänomene verfügen, können sie Kinder und Jugendliche von Anfang an bei einem souveränen Mediumgang begleiten, damit diese selbstbestimmt und sicher digital teilhaben können. ■

an Bedeutung. Dies umfasst vor allem eine Sensibilisierung für die Risiken, die von Verschwörungserzählungen und Desinformation ausgehen – für Gesellschaften, Demokra-

Mehr über das Projekt „Digitale.Wahrheiten“, alle Links zu den genannten Apps und Projekten sowie Literaturhinweise unter gew.de/ew-4-23

VON DEN MACHERN DES MUSICALS „KU'DAMM 56“ PETER PLATE & ULF LEO SOMMER

ROMEO & JULIA

LIEBE IST ALLES

DAS MUSICAL

„Liebe, Sex, Tod - so haben Sie Romeo & Julia noch nie gesehen!“



Von März 2023 bis Januar 2024 im Theater des Westens Berlin



Ausflug mit der gesamten Klasse? Schülergruppen sind bei uns im Theater immer herzlich willkommen. Wir bieten Schülern daher die Möglichkeit, das Musical zu einem Festpreis von 39,00 €* pro Ticket zu erleben. Da das Angebot nur begrenzt verfügbar ist, bitten wir Sie, bei der Buchung neben Ihrem Wunschtermin auch einen Ausweichtermin anzugeben sowie die genaue Anzahl der Schüler inklusive Begleitpersonen. Im Anschluss suchen wir Ihnen die passendsten Sitzplätze heraus, damit Sie das Erlebnis zusammen genießen können. Anfragen und Buchungen bitte unter SCHULKLASSEN@STAGE-ENTERTAINMENT.DE oder telefonisch unter der Nummer 03871 / 211 53 53. Weitere Infos rund ums Musical unter WWW.MUSICALSBERLIN.COM

DA HILFT NUR KLASSISCHE DEMOKRATIEERZIEHUNG

Ver- schwöru ngs theorien

INTERVIEW: JEANNETTE GODDAR
freie Journalistin

Schule müsse Jugendliche besser über die Hintergründe von Verschwörungsmythen aufklären, meint der Pädagoge Klaus Müller. Zusammen mit dem Historiker Christopher Kirchberg hat er die Broschüre „Verschwörungstheorien“ herausgegeben.

E&W: Herr Müller, Ihre Broschüre betrachtet Verschwörungserzählungen aus mehreren wissenschaftlichen Perspektiven. Warum?

Klaus Müller: Weil wir das Thema nicht skandalisieren wollten, sondern so behandeln, dass es in der politischen

Bildung gut eingesetzt werden kann. Dazu ist unerlässlich, verschiedene Blickwinkel einzubeziehen. Ein historischer Blick ist ebenso wichtig wie eine Aufarbeitung des Zusammenhangs von Verschwörungsmythen und Antisemitismus. Ebenso zentral ist, welche sozialpsychologischen Mechanismen sie attraktiv machen und welche sprachlichen Figuren immer wieder auftauchen.

E&W: Durch das Heft lernt man, dass es Verschwörungserzählungen schon in der Antike gab.

Müller: Ja, das stimmt. Doch erst im 19. Jahrhundert kam eine Entwicklung hinzu, die bis heute bestimmend ist: der Gedanke der Weltverschwörung, der davon ausgeht, im Verborgenen seien geheime Mächte tätig, oft verknüpft mit einer antisemitischen Konnotation. Letzteres hat viel mit der Veröffentlichung der sogenannten Protokolle der Weisen von Zion zu tun, die später den Nationalsozialisten als Basis für die Shoah dienten.

Der Antisemitismusexperte Wolfgang Benz hat zu den „Protokollen“, die er die mächtigste aller Lügen nennt, ein eigenes Kapitel beigeuert.

E&W: Schon im Mittelalter wurde Juden vorgeworfen, Brunnen vergiftet und so die Pest über Europa gebracht zu haben. Auch das steht in dem Heft und ist eine interessante Parallele zu Verschwörungserzählungen während der Corona-Pandemie.

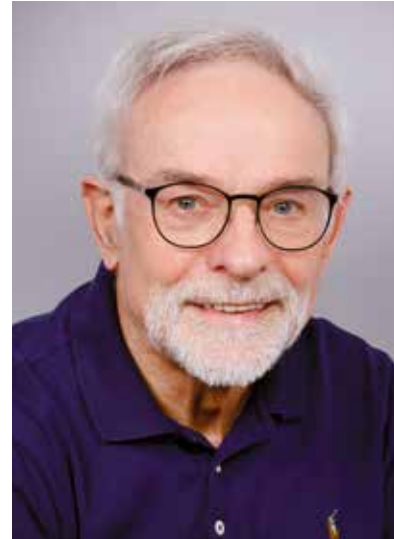
Müller: Die Behauptung einer „jüdischen Schuld“ an Krankheiten lässt sich über Jahrhunderte nachzeichnen – von der Pest über die Schweinegrippe bis zur Corona-Pandemie. Deutlich zu machen, dass bei scheinbar unerklärlichen Ereignissen, die stets mit Ängsten verknüpft sind, immer wieder auf uralte antijudaistische oder antisemitische Mythen zurückgegriffen wird, war ein wesentlicher Anlass für die Broschüre. Das Themenfeld ist dabei unendlich weit: In der Finanzkrise wurde der US-amerikanische Investor George Soros auf Plakaten als Strippenzieher dargestellt, die Botschaft: „Juden zerstören die Finanzwelt, um daraus Vorteile für das Judentum zu ziehen.“ Auch das Bild von der Lügenpresse greift regelmäßig darauf zurück, Zionisten hätten die Massenmedien unterwandert.

E&W: Sie sprechen selbst von „Mythen“, doch das Heft trägt den Titel Verschwörungstheorien. Wäre der Begriff „Verschwörungstheorien“ nicht treffender?

Müller: Viele würden Ihnen da folgen, auch in der Broschüre vermeidet eine Autorin den Begriff „Theorie“. Als Herausgeber haben wir uns anders entschieden: Erstens ist der wissenschaftlich national wie international etablierte Begriff „Conspiracy Theory“, also „Verschwörungstheorie“. Zweitens stimmt unseres Erachtens das Hauptargument gegen die Verwendung des Wortes „Theorie“ nicht. Denn das lautet, Verschwörungstheorien ließen sich nicht falsifizieren, also überprüfen. Das lassen sie sich durchaus. Nur die, die sie verbreiten, akzeptieren das nicht.

E&W: Ist eine Zeit vieler Verschwörungserzählungen auch ein Zeichen dafür, dass Politik und Wissenschaft besser, verständlicher kommunizieren sollten?

Müller: Natürlich sollten besondere Ereignisse und Phänomene gründlich und verständlich erklärt werden.



KLAUS MÜLLER
IST SPRECHER DER REGIONALGRUPPE SÜDHESSEN
DES VEREINS GEGEN VERGESSEN – FÜR DEMOKRATIE
UND CO-HERAUSGEBER EINER BROSCHÜRE ÜBER
VERSCHWÖRUNGSErzÄHLUNGEN.
VON 1983 BIS 1993 WAR DER PÄDAGOG
UND EHEMALIGE SCHULLEITER VORSITZENDER
DER GEW HESSEN.

Aber: Oft gibt es in einer komplexer werdenden Welt erst einmal keine gesicherte Erklärung. Es gibt Unsicherheiten, sogar Fehler werden gemacht. Meines Erachtens liegt die große Aufgabe darin, Menschen und vor allem Jugendliche darin zu stärken, Ungewissheit auszuhalten. Wer diese nicht aushält, neigt am ehesten zu Pseudoerklärungen von Menschen, die behaupten, sie kennen die Wahrheit.

E&W: Das ist auch ein Auftrag an die Schule, vor allem an die politische Bildung?

Müller: Ja, das ist klassische Demokratieerziehung. Diese gehört jedoch nicht nur für ein paar Stunden in den Politikunterricht. Sie ist ein Querschnittsthema, das sich durch die gesamte Bildung ziehen sollte. Dass darüber auch in dieser Zeit so wenig gesprochen wird, zeigt in meinen Augen nur ein weiteres Mal, dass die Bedeutung der Demokratieerziehung von den politisch Verantwortlichen immer noch nicht ausreichend verstanden wurde. ■

Bestellung und Download der Broschüre „Verschwörungstheorien“:
gew.de/ew-4-23

BJÖRN MILBRADT IST LEITER DER FACHGRUPPE POLITISCHE SOZIALISATION UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG AM DEUTSCHEN JUGENDINSTITUT IN HALLE AN DER SAALE UND MITHERAUSGEBER DES „HANDBUCH RADIKALISIERUNG IM JUGENDALTER“.



Foto: Deutsches Jugendinstitut

„RADIKALISIERUNGSVERLÄUFE SIND SEHR INDIVIDUELL“

INTERVIEW: NADINE EMMERICH
freie Journalistin

Für Lehrkräfte sei es eine Herausforderung, konkrete Anzeichen für Radikalisierungstendenzen bei Jugendlichen zu erkennen, sagt der Soziologe Björn Milbradt im E&W-Interview.

E&W: Warum radikalisiert sich Jugendliche – unabhängig davon, ob sie sich etwa dem Rechts-, Links- oder islamischen Extremismus zuwenden?

Björn Milbradt: Radikalisierung im Jugendalter ist ein Phänomen, bei dem viele Faktoren zusammenspielen. Wir haben in einem Forschungsprojekt Interviews mit

Jugendlichen geführt, die sich dem gewaltorientierten Islamismus zugewandt haben. Da hat sich gezeigt: Radikalisierungsverläufe sind sehr individuell. Was aber eine erhebliche Rolle spielt, sind Aspekte wie schwierige Familienkonstellationen oder Krisenerfahrungen. Wenn Jugendliche sich in einer unsicheren Phase ihres Aufwachsens befinden und dann mit extremistischen Akteuren in Verbindung kommen, kann eins ins andere greifen. Und natürlich spielt das gesellschaftliche Klima vor Ort eine Rolle: Wenn ich etwa in einer Region aufwache, in der es eine unwidersprochene Sichtbarkeit rechtsradikaler Akteure gibt, steigt die Wahrscheinlichkeit, auch entsprechende Normalitätsvorstellungen zu entwickeln.

E&W: Gibt es einen bestimmten Typ junger Menschen, der anfälliger für eine Radikalisierung ist?

Milbradt: Es gibt diese Klischeevorstellung des Jugendlichen, der keine Freunde hat, alleine vor dem Computer hockt und sich radikalisiert. Der allergrößte Prozentsatz der Jugendlichen, die ein bisschen zurückgezogen leben, radikalisiert sich aber nicht. Wenn man sich allerdings die Biografien rechtsextremer Attentäter wie die des Norwegers Anders Breivik ansieht und Fälle vergleicht, gibt es schon bestimmte Muster. Anfälliger sind häufig junge Männer, die in der Beziehungsgestaltung und beim Start ins Leben insgesamt scheitern und über rechtsextreme Ideologie und Frauenfeindlichkeit ihre Persönlichkeit stabilisieren.

E&W: Das von Ihnen mit herausgegebene „Handbuch Radikalisierung im Jugendalter“ analysiert nicht nur die Rolle von Familie und Biografie, sondern auch der Peergroups, Jugendkulturen, des Geschlechts, der Medien, radikalen Milieus und Gewalt. Gibt es dabei eine Priorisierung?

Milbradt: Familie und Biografie sind erhebliche Faktoren. Es gibt in der Autoritarismus-Forschung Befunde, dass insbesondere ein unsicherer Bindungsstil der Eltern dazu beitragen kann, dass Menschen autoritäre Haltungen entwickeln oder entsprechende Gesellschaftsordnungen bevorzugen. Diese Erkenntnis darf man aber nicht auf Familie im engen Sinne beschränken. Familie ist immer ein Spiegel gesellschaftlicher Verhältnisse.

E&W: Für Radikalisierungsprozesse werden oft auch soziale Medien verantwortlich gemacht. Aber kann mich extremistische Propaganda nicht nur dann erreichen, wenn es schon eine gewisse Basis gibt?

Milbradt: Das Hauptziel politischer Bildung – schulisch und außerschulisch – lautet politische Mündigkeit. Das heißt, dass jemand in der Lage ist, selbstbestimmt und kritisch über Politik und Gesellschaft zu urteilen und Propaganda zu erkennen. Insofern würde ich schon sagen, dass in der politischen Sozialisation und der Medienkompetenz bereits etwas schiefgelaufen ist, wenn jemand völlig unbedarft im Internet auf Verschwörungsideologien trifft und diese zu seiner oder ihrer Weltanschauung macht.

E&W: Was kann Schule tun, um Radikalisierungsprozessen entgegenzuwirken?

Milbradt: Eigentlich hat, wie beschrieben, schon der Politikunterricht die Funktion, dass es erst gar nicht zu solchen Entwicklungen kommt. Man kann aber nicht alles auf die Schule abwälzen, weil politische Sozialisation so viele Facetten hat. Für Lehrkräfte ist es eine Herausforderung, konkrete Anzeichen für Radikalisierungstendenzen bei Jugendlichen zu erkennen.

E&W: Wie kann ich das als Lehrkraft?

Milbradt: Jugend ist auch eine Phase der politischen Entwicklung und Selbstpositionierung, in der vielleicht auch mal unterschiedliche Weltbilder „ausprobiert“ werden. Insofern muss man differenzieren, ob jemand nur mal kurz Berührungspunkte mit radikalen Ansichten hat oder es Anzeichen dafür gibt, dass sich Ideologien verfestigen. Das erkennt man etwa beim Rechtsextremismus an bestimmten Symbolen auf T-Shirts, an der Musik, die gehört wird, oder einer Organisation, in der der Jugendliche aktiv ist. Hier gibt es mittlerweile vielfältige Informationsangebote. Die Einbettung dieser Themen in universitäre oder schulische Curricula hat noch Luft nach oben. Grundkenntnisse zu Radikalisierung, Rassismus und Antisemitismus sollten Standard für Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Sozialpädagoginnen und -pädagogen sein. ■

Weitere Infos zum Handbuch: gew.de/ew-4-23

DAS BEFRISTUNGSUNWESEN AN DEN HOCHSCHULEN HÄLT AN.



Foto: Dirk Lässig

ZURÜCK AUF LOS

VERENA KERN

Co-Chefredakteurin von klimareporter^o und freie Journalistin

Mitte März legte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seine Eckpunkte für eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) vor. Doch nach massiven Protesten der Hochschulbeschäftigten und der GEW zog das Ministerium die Vorschläge zurück und kündigte eine Überarbeitung an.

Das WissZeitVG muss reformiert werden – so wurde es im Ampel-Koalitionsvertrag unter dem Motto „Gute Wissenschaft braucht verlässliche Arbeitsbedingungen“ vereinbart. Doch der Entwurf des BMBF traf allenthalben auf Ablehnung. Hunderte Professorinnen und Profes-

soren veröffentlichten einen Tag nach Bekanntgabe der Reform einen offenen Brief mit scharfer Kritik. „Wir sind fassungslos“, schrieben sie. Unter dem Hashtag „#ProfsfürHannah“ solidarisierten sie sich mit den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und warnten: „Ihre jetzt schon kaum mehr zumutbaren Arbeitsbedingungen an deutschen Hochschulen drohen sich noch weiter zu verschlechtern.“

Das Ministerium reagierte innerhalb kurzer Zeit. Der Parlamentarische Staatssekretär Jens Brandenburg (FDP) erklärte auf Twitter, man werde „noch einmal“ debattieren. Nach nur 51 Stunden waren die Eckpunkte Makulatur.

Dabei hatten sich Regierungskoalition und Ministerium besonders viel Zeit genommen, um die Vorschläge auszuarbeiten. Über Monate hinweg wurden unzählige Gespräche mit den wichtigsten Akteuren aus dem Hochschulbereich geführt. Qualität gehe vor Schnelligkeit, so äußerten sich die zuständigen Wissenschaftspolitikerinnen und -politiker der Ampel-Fraktionen noch zwei Tage vor Bekanntgabe der Eckpunkte auf der GEW-Aktionskonferenz „Her mit den Dauerstellen!“. Man wolle allen „zuhören“, das Gesetz „besser machen“, so der Anspruch.

Doch der große Wurf blieb aus. Das deutete sich schon bei der Konferenz an: Die Positionen der Koalitionsparteien liegen zu weit auseinander. Was schließlich vorgelegt wurde, war deshalb nur der kleinste gemeinsame Nenner. Schritte in die richtige Richtung, so kommentiert Andreas Keller, GEW-Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung, aber doch – „halbe Sachen“.

Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss entweder grundlegend novelliert oder endgültig abgeschafft werden.

An der „grundlegenden Systematik“ des Gesetzes wollte die Ampel offenbar nicht rütteln. Der sehr weit gefasste Qualifizierungsbegriff etwa sollte erhalten bleiben. Ein Systemwechsel war in dem Entwurf nicht vorgesehen. Genau diese tiefgreifende Reform fordern aber viele, auch die GEW.

Immerhin sah das Eckpunktepapier zum ersten Mal Mindestvertragslaufzeiten für die Erstverträge der Promovierenden vor, nämlich über drei Jahre, aber nur

als Soll-Vorschrift. Die Tarifsperre sollte nicht aufgehoben, aber gelockert werden. Für Drittmittelbeschäftigte war in den ersten Jahren eine Gleichstellung vorgesehen und damit ebenfalls ein Anspruch auf Vertragsverlängerung bei Mutterschutz und Elternzeit. Für studentische Beschäftigte war eine Anhebung der Höchstbefristungsdauer von sechs auf acht Jahre geplant, bei der Mindestlaufzeit ein Jahr als Soll-Vorschrift.

Der Protest richtete sich vor allem gegen eine weitere geplante Änderung: Nach der Promotion sollte die Höchstbefristungsdauer von sechs auf drei Jahre verkürzt werden, ohne dass die Arbeitgeber zu einer Entfristungszusage verpflichtet gewesen wären, wie es die GEW in ihrem Dresdner Entwurf für ein Wissenschaftsentfristungsgesetz im vergangenen Jahr vorgeschlagen hatte. Das sei „besonders erschreckend“, heißt es dazu in dem offenen Brief der Professorinnen und Professoren. „Dies kommt einer Nivellierung der Weiterqualifikation nach der Promotion gleich.“ Sie fordern: Das WissZeitVG müsse „entweder grundlegend novelliert oder endlich abgeschafft werden“. ■

SIGNAL IDUNA 
füreinander da

Hier gibt es nichts zu korrigieren.

Unsere leistungsstarken Versicherungen für Lehrerinnen und Lehrer.

Vorbereiten, unterrichten, korrigieren: Lehrerinnen und Lehrer haben jeden Tag Wichtigeres zu tun, als sich mit Versicherungen zu beschäftigen. Wir übernehmen das gern für Sie und bieten maßgeschneiderte Versicherungspakete und eine kompetente Rundum-Beratung.

Weitere Informationen finden Sie hier:

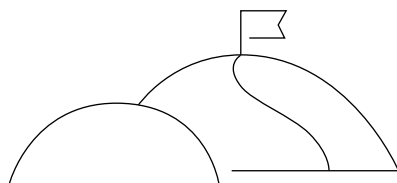


SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen
Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
oed-info@signal-iduna.de



Seit fast 100 Jahren
Partner des öffentlichen Dienstes

BESTENFALLS EIN BILDUNGSHÜGEL



ULF RÖDDE

Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“

Der Bildungsgipfel, zu dem Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) Mitte März nach Berlin eingeladen hatte, ist ohne greifbares Ergebnis geblieben. Es soll eine „Taskforce Team Bildung“ eingerichtet werden. Wann diese gegründet und wie sie aussehen wird, wie sie konkret personell zusammengesetzt ist: alles unklar. Bisher gibt es nur ein Papier mit fünf Thesen.

Schon bevor der Startschuss für den Bildungsgipfel überhaupt gefallen war, hagelte es von vielen Seiten Kritik. Auch die GEW stimmte in den Chor der Kritikerinnen und Kritiker ein. „Das Format dieses Bildungsgipfels ist enttäuschend. Es wird den Aufgaben, vor denen wir im gesamten Bildungswesen stehen, nicht gerecht“, begründete Vorsitzende Maike Finnen die Position der GEW.

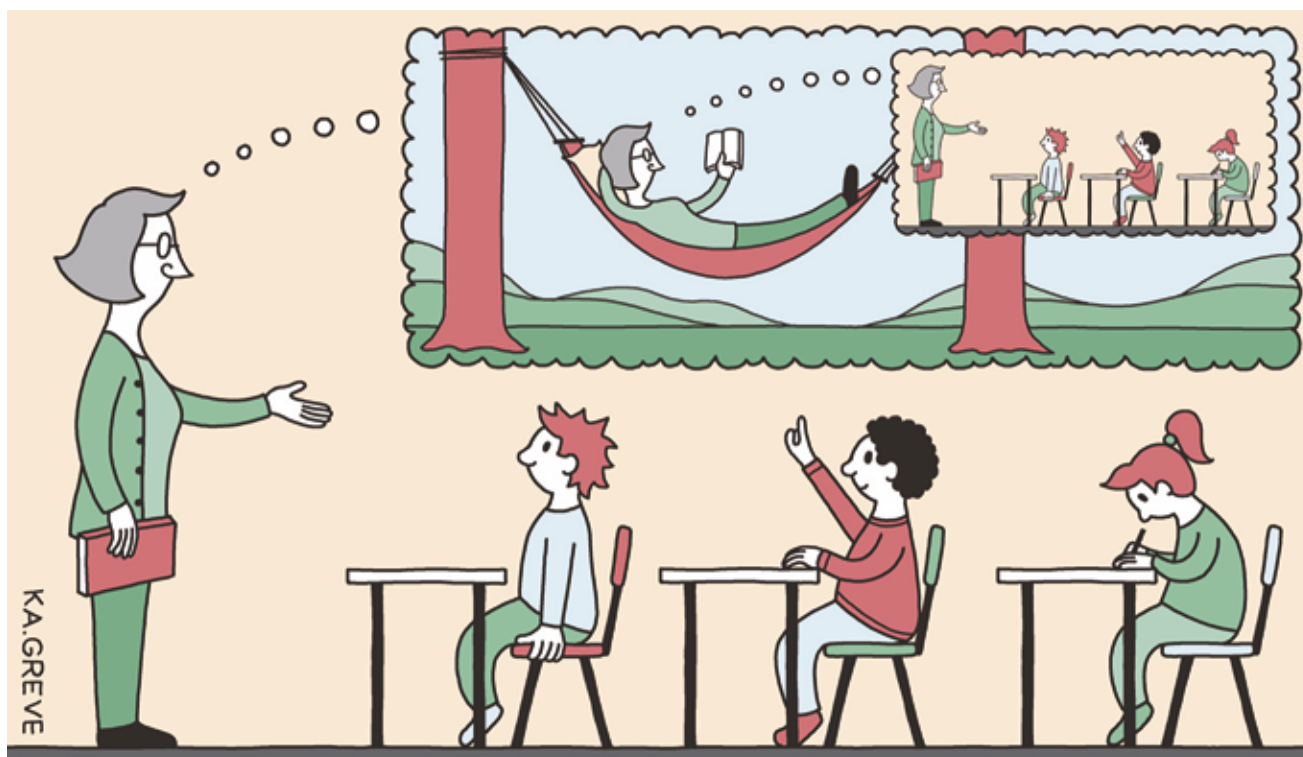
Schon gar nicht in drei Stunden, die der Gipfel – eine Vereinbarung im Vertrag der Ampelkoalition – dauerte. Die GEW-Chefin stellte zudem fest, dass es zu kurz gesprungen sei, den Fokus der Veranstaltung inhaltlich auf das Thema „Schule“ zu richten: „Es gibt auch in allen anderen Bildungsbereichen großen Handlungsbedarf.“

**Ein Bündnis aus 54 Stiftungen,
Verbänden und Gewerkschaften
setzt sich für einen Neustart
in der Bildung ein.**

14 der 16 Kultusministerinnen und -minister der Länder erschienen erst gar nicht zu dem Gipfel, darunter alle CDU/CSU-Vertreterinnen und -Vertreter. Auch wenn es Stark-Watzinger allen Kritikerinnen und Kritikern mit der alles andere als gelungenen Vorbereitung des Gipfels leicht gemacht hat: Es zeugt nicht von Verantwortungsbeusstsein und Lösungsorientierung, wenn die Schulchefs und -chefinnen der Länder mit dem dünnen Argument der nicht ausreichenden inhaltlichen Einbindung im Vorlauf zu dem Gipfel durch Abwesenheit glänzen. „Das Fehlen der Länder ist enttäuschend und nicht zielführend“, kommentierte Finnen, die an der Veranstaltung für die GEW teilgenommen hat. Gerade weil die Heraus-

Fortsetzung auf Seite 27 >>>

WEITER, ABER ANDERS



ANJA DILK
freie Journalistin

Manche Pädagoginnen und Pädagogen wollen nach Pensionierung oder Rentenbeginn weiterarbeiten. Das darf kein Mittel gegen den Fachkräftemangel sein, ist aber eine Möglichkeit, die späte Lebensphase selbstbestimmt zu gestalten. Wie läuft das und wann lohnt es sich?

Wenn bei Claudia Scheel das Telefon klingelt, weiß die pensionierte Lehrerin aus Bietigheim-Bissingen (Baden-Württemberg): Das könnte ihre alte Schule sein: „Kannst du nächsten Dienstag zwei Stunden übernehmen?“ Dann checkt Scheel ihren Kalender – Verabredungen, Termine? Ist alles frei, steht die 69-Jährige zur vereinbarten Zeit im Klassenzimmer. Auf dem Pult liegen Themenplan, Aufgabenblätter für den Tag und Unterrichtsmaterialien bereit. Alles von den Lehrkräften top

>>>

>>> vorbereitet. Dann kann es losgehen. Namenskärtchen schreiben, Sitzplan machen, versammeln im Morgenkreis. „Hallo, liebe Kinder, heute bin ich eure Lehrerin.“ Seit 2016 ist Scheel im Ruhestand, trotzdem packt sie in ihrer alten Schule mit an. Mal einen Tag die Woche, mal einen Monat gar nicht, je nach Bedarf. Und der ist groß, gerade in den Wintermonaten, wenn Erkältungen die Runde machen. Begonnen hatte es drei Monate nach Eintritt in den Ruhestand. Bei einer Stippvisite auf dem Pausenhof hörte sie, wie dünn die Personaldecke an der Schule ist, aber Unterricht an der „verlässlichen Grundschule“ darf nicht ausfallen. „Klar, habe ich gesagt, wenn Not ist, könnt ihr mich anrufen“, erinnert sich Scheel. „Unser Kollegium ist super, deshalb war das für mich selbstverständlich.“ Zum Glück entfallen für sie als Vertretung Vorbereitungen, Korrekturen, Konferenzen. Umso mehr ist sie vor Ort mit Elan dabei. Verteilt mit ihrer Klasse Obstkisten für die Morgenvesper, schlichtet Konflikte in der Pause oder nimmt mit der Gelassenheit der erfahrenen Pädagogin mal einen Schüler ein paar Minuten beiseite, wenn es klemmt. „Weil ich weiß, dass ich bald wieder gehen kann und nicht die Einzelheiten der nächsten Klassenarbeit im Blick haben muss, bin ich viel entspannter und kann mich ganz auf die Kinder konzentrieren“, so Scheel. 29 Euro netto bekommt sie für 45 Minuten Unterricht.

Verschärfter Fachkräftemangel

Derzeit sind nach Angaben der Kultusministerkonferenz gut 12.000 Lehrkräftestellen nicht besetzt, in den nächsten Jahren wird die Zahl voraussichtlich erheblich steigen – auch durch den Ausbau der Ganztagschulen. Noch bedrohlicher ist der Fachkräftemangel in den Kitas: Nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung müssten knapp 100.000 neue Fachkräfte eingestellt werden, um den Betreuungsbedarf zu decken. Und wenn in den kommenden zehn Jahren die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen, wird sich der Fachkräftemangel im Bildungssektor weiter verschärfen.

Bundesweit versuchen Landesregierungen, Schulen und Träger der Einrichtungen daher, Fachkräfte, die bereits im Ruhestand sind, zu gewinnen, um die Löcher zu schließen. Indem die Pädagoginnen und Pädagogen an Randzeiten einspringen, auf Zuruf Vertretungen übernehmen oder etwa Zusatzangebote machen. Als Arbeitsverträge werden etwa Honorarverträge, Teilzeitanstellungen oder Minijobs angeboten. Natürlich ändert das nichts an den strukturellen Schiefen. Zahlen darüber, wie viele Ältere im Ruhe-

stand weiterarbeiten, gibt es nicht. Doch sie tun es in allen Ecken der Republik. Aus Liebe zur Arbeit, Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen oder aus finanzieller Not wie Erzieherinnen, die nach Jahrzehnten mit Teilzeit-Jobs „oft dramatisch kleine Renten erwarten“, so Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit.

Die kleine Rente aufbessern

Auch Gabi Hamer will sich die kleine Rente aufbessern. Das Ruhegehalt, das sie als Erzieherin nach 40 Berufsjahren in Brandenburg bekommt, reicht hinten und vorne nicht. Doch mindestens genauso motiviert sie ihre Liebe zur Arbeit. „Ich habe viel auf dem Buckel, aber es war mir nie eine Last“, sagt Hamer. Doch der alte Arbeitgeber winkte ab, vielleicht weil sie als ehemalige Betriebsrätin in der Einrichtung als unbequem galt. Also bewarb sich Hamer nach ihrem Renteneintritt 2018 bei anderen Kitas. Schließlich fand die erfahrene Inklusionsfachkraft einen Job im Kita-Eigenbetrieb in Teltow. Ein Jahr lang lief es bestens, dann kippte die Stimmung. „Manche Kolleginnen fühlten sich angegriffen, wenn ich sie auf mögliche Probleme bei Kindern hinwies – aber genau dafür ist mein Blick als Inklusionserzieherin ja geschärft.“ Hamer wechselte in eine Inklusionskita, heute arbeitet sie im benachbarten Hort – und ist zufriedener denn je. Statt wie vorher zwölf arbeitet sie nur noch fünf Stunden die Woche. „Die Abzüge bei einer Teilzeitanstellung als Rentnerin waren zu groß, und dass man als Rentnerin kein Krankengeld bekommt, finde ich sehr ungerecht“, so Hamer. „Mit einem Minijob auf 520-Euro-Basis fahre ich besser.“ Und die Zeit mit den Kindern einmal die Woche, die Gespräche, die Bewegung an der Luft – das „fühlt sich gut und richtig an“.

Wann lohnt es sich, im Ruhestand weiterzuarbeiten? Gesa Bruno-Latocha, Referentin für Tarif- und Beamtenpolitik beim GEW-Hauptvorstand: „Es hängt von sehr vielen Faktoren ab.“ (s. Kasten Seite 26). Angestellt oder verbeamtet? Falls Letzteres: In welchem Bundesland lebt die Person? Ist sie schon in Rente oder Pension oder steht sie kurz davor? „Die Regelungen sind so unterschiedlich und verändern sich so oft, dass man sich unbedingt bei der GEW vor Ort beraten lassen sollte.“ Zudem gibt es viele Fallstricke. Berufserfahrung als Beamte oder Beamtin wird bei einem Angestelltenvertrag nicht anerkannt. Auch wer als Angestellte mehr als sechs Monate zwischen Arbeitsende und Wiederaufnahme der Arbeit verstreichen lässt, kann wie eine Anfängerin eingruppiert werden, „schädliche Unterbrechung“ nennt sich das, so Bruno-Latocha.

Maria Greckl hat das selbst erlebt. 2019 verschob die Sprachlehrkraft den regulären Pensionsbeginn um ein Jahr, die um 20 Prozent höheren Bezüge, die es von der Berliner Senatsverwaltung dafür gibt, waren ihr willkommen. Gern hätte sie anschließend acht Stunden als Förderlehrerin weitergearbeitet, aber der Schulleiter lehnte ab. „Dann fand ich lange nichts Festes“, so die Gymnasiallehrerin aus Bayern, die seit Ende der 1980er-Jahre in Berlin lebt. Damals hatte sie sich auf Deutsch als Fremdsprache spezialisiert, in Willkommensklassen unterrichtet, wurde später Expertin für Alphabetisierungskurse. 25 Jahre Erfahrung als Sprachförderlehrkraft, neun Jahre in der Alphabetisierung: „Am Ende meines Berufslebens war mir klar: Ich will mein Wissen noch lange weitergeben.“

Greckl gab zunächst Ferienkurse und Lehrkräftefortbildungen. Erst im Mai 2022, zwei Jahre nach Eintritt in den

verschobenen Ruhestand, fand sie einen festen Job: Acht Stunden die Woche als Lehrkraft für die Willkommensklassen – eingestuft als Berufsanfängerin. Netto bleiben etwa 800 Euro im Monat. Greckl arbeitet mit einer jungen Quereinsteigerin zusammen, gibt Unterricht, entwickelt gemeinsam mit dem Team der Willkommensklassen Konzepte weiter. Klassenverantwortung hat die heute 68-Jährige nicht, das macht sie entspannter. Greckl: „Solange ich noch gesundheitlich fit bin und Nutzen bringe, mache ich mit Freuden weiter.“

Allerdings: Wer sich entscheidet, an Schule oder Kita kurzzeitig bzw. mit geringer Stundenzahl einzuspringen, muss sich klar sein: Bildung ist Beziehungsarbeit; der Wechsel von Bezugspersonen kann gerade in der frühkindlichen Pädagogik zu Problemen führen. Auch ist man kein fester Bestandteil des Teams, was die Kommunikation schwierig gestalten kann. ■



Foto: Alice End

FRAUKE GÜTZKOW

GEW-Vorstandsmitglied,
verantwortlich für Seniorinnen- und Seniorenpolitik

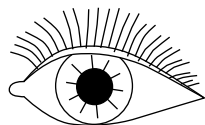
KOMMENTAR

EINE ERGÄNZUNG, KEIN ERSATZ

Weiterarbeiten im Ruhestand kann befriedigend sein, ist aber keine Lösung für strukturelle Probleme.

Um Missverständnissen vorzubeugen, gleich vorweg: Mit diesem Dialog wollen wir nicht Menschen im Ruhestand als Lückenbüßende für einen Fachkräftemangel mobilisieren, den die Bildungspolitik der vergangenen Jahrzehnte zu verantworten hat. Das wäre absurd. Doch wenn Ältere nach dem Ende ihres regulären Arbeitslebens freiwillig, voller Freude in ihrem Beruf noch ein wenig weitermachen wollen, wäre es ebenso absurd, sie zu bremsen. Denn diese Tätigkeit ist für viele eine Form, das Alter souverän und befriedigend zu gestalten. Eine Form, von der alle etwas haben, sofern Ruheständler und Ruheständlerinnen auch bei kleinstem Stundenbudget gut in den Alltag der Einrichtungen eingebunden sind, ernst genommen und wie alle anderen bei Bedarf fortgebildet werden. Ältere bringen einen reichen Erfahrungsschatz mit, können Wissen weitergeben, Gelassenheit in das Miteinander tragen. Sie brauchen Modelle der Mitwirkung, die auf ihre Bedürfnisse abgestimmt sind. Kleine Stundenumfänge, weniger Verantwortung, mehr Flexibilität. Dabei können sie nur eine Ergänzung der Fachkräfte sein, nie ein Ersatz für fehlendes Personal oder ein Heilmittel gegen aus der Balance geratene Strukturen. Um etwas an Personalmangel, Unterfinanzierung, Belastung durch zunehmende fachliche Herausforderungen und immer neue außerunterrichtliche Aufgaben zu ändern, braucht es strukturelle Maßnahmen, wie sie die GEW in ihrem 15-Punkte-Programm gegen den Lehrkräftemangel für die Schulen vorschlägt (s. Seite 39).

LUST AUF ZUKUNFT – WAS ICH NEU ENTDECKT HABE



*Jürgen Nowotny, Gesamtschullehrer und
Konrektor, Flensburg, Schleswig-Holstein,
seit 2013 im Ruhestand*

Als meine Frau und ich vor zehn Jahren in Pension gegangen sind, haben viele Freunde und Bekannte gesagt: Passt auf, da kommt bald ein schwarzes Loch. Wir warten heute noch darauf. Im Gegenteil: Der Eintritt in den Ruhestand hat uns erst recht Lust auf Zukunft gemacht. Wir haben unser Leben noch mal ganz neu eingerichtet, sind von Bad Oldesloe nach Flensburg gezogen, wo unsere Tochter damals ihr zweites Kind bekommen hatte. Mit Elan haben wir uns in die doppelte Großelternrolle gestürzt, ein kleines Reihenhäuschen gekauft. Es ist ein Bad in der Familie, einmal die Woche ist Oma-Opa-Tag. Unser Sohn arbeitet in der Nähe, in Schleswig, als praktischer Arzt. Es gibt so viel zu entdecken. Als freiwillige Mitarbeitende organisierten wir Führungen im Eiszeithaus, einem Wissenschaftsmuseum in Flensburg. Wir lernen interessante Leute kennen, gehen oft ins Theater, in Konzerte, Ausstellungen. Und freuen uns, dass wir endlich ein bisschen näher am Polarkreis wohnen. Wir lieben den Norden, die Wanderwege bis Sonderburg und hoch nach Dänemark. Die weiten Binnendünen und langen Strände. Die Natur zwischen Ost- und Nordsee ist ungeheuer vielfältig, wir haben immer einen Naturführer in der Tasche und erkunden die Gegend. Seit Jahren fotografiere ich, das ist eine meiner neuen Freuden.

Und da ist natürlich noch die Arbeit in der Seniorengruppe der GEW. Inzwischen habe ich das Management übernommen, organisiere einmal im Monat Spielenachmittage oder Museumsbesuche. Alle zwei Jahre machen wir die Seniorenbildungstage mit Workshops und Vorträgen für Mitglieder aus ganz Schleswig-Holstein. Jetzt, wo Corona vorbei ist, geht es wieder richtig los, ich kann es kaum erwarten.“ ■

Weiterarbeiten? Aber wie?

*Darauf sollten Menschen
im Ruhestand achten.*

Pensionärinnen und Pensionäre: Rechtlich gesehen werden Beamtinnen und Beamte nicht entlohnt, sie werden vom Staat lebenslang „alimentiert“. Zusätzliches Einkommen staatlicher Institutionen – einer Schule etwa – wird daher normalerweise voll angerechnet, auch bei einem Angestelltenvertrag. Um Pensionärinnen und Pensionäre wegen des Lehrkräftemangels zur Weiterarbeit zu motivieren, gibt es nun Ausnahmen: 16 unterschiedliche – Beamtenrecht ist Ländersache. Dein GEW-Landesverband berät Dich.

Rentnerinnen und Rentner: Seit 2023 gilt, dass auch wer vorzeitig in Altersrente geht unbegrenzt hinzuverdienen kann, ohne dass der Lohn auf die Rente angerechnet wird. Jenseits der Regelaltersgrenze war das schon immer so. Wer den Rentenbeginn über die Regelaltersgrenze hinaus aufschiebt, erhält einen Zuschlag von 0,5 Prozent pro zusätzlichem Arbeitsmonat auf die gesamte Rente – lebenslang. Wichtig: Wer weiter im alten Job arbeiten möchte, muss das rechtzeitig absprechen, weil nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVÖD) und dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) das Arbeitsverhältnis mit der Regelaltersgrenze endet. Wer neben einer Teilrente arbeitet, ist voll sozialversicherungspflichtig. Neben einer Vollrente ist das anders: Hier erwirbt man keine Ansprüche auf Kranken- und Arbeitslosengeld. Auf Antrag kann man aber weiter in die Rente einzahlen und so die Rente noch erhöhen.

Mini-Jobs in Pension oder Rente: Die sogenannten Minijobs (bis 520 Euro) kann man sowohl in Rente, also auch in Pension wählen. Sie sind „sozialversicherungsfrei“ und steuerfrei. Vor der Regelaltersgrenze besteht Rentenversicherungspflicht, von der man sich befreien lassen kann. Jenseits der Altersgrenze ist es umgekehrt. Das gilt auch für Pensionärinnen und Pensionäre. gbl/ad

Ausführliche Informationen unter gew.de/ew-4-23

Impressum Dialog

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main, Tel. 069 78973-0
Vorsitzende: Maïke Finnern
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Geschäftsführende Redakteurin: Anja Dilk
Redakteurin/Redakteur: Frauke Gützkow,
Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel

>>> Fortsetzung von Seite 22

forderungen, vor denen das gesamte Bildungswesen steht, riesig sind, ist es existenziell notwendig, dass sich Bund, Länder und Kommunen stärker aufeinander zubewegen und an einem Strang ziehen. Nur so können endlich tragfähige Lösungen entwickelt werden.



Foto: Dominik Buschardt

DIE HERAUSFORDERUNGEN IM GESAMTEN BILDUNGSBEREICH SIND RIESIG. DAS FORMAT DES BILDUNGSGIPFELS IST DEN AUFGABEN, DIE GELÖST WERDEN MÜSSEN, NICHT GERECHT GEWORDEN.

Deshalb hat die GEW entschieden, sich einem breiten Bündnis anzuschließen, das aus 54 Stiftungen, Verbänden und Gewerkschaften besteht. Der Zusammenschluss hatte sich vor dem Bildungsgipfel auf Initiative mehrerer Stiftungen zusammengefunden. Das Bündnis setzt sich für einen Neustart in der Bildung ein und schlägt vor, dass Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sowie die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder zu einem „Nationalen Bildungsgipfel“ einladen.

Dieser Vorstoß liegt auf der Linie der GEW. „Der Bildungsgipfel kann nur der Startschuss für einen nachhaltigen Prozess sein, an dem alle in der Bildung wichtigen Player beteiligt sind“, betonte Finnern während des Bildungsgipfels in einer Paneldiskussion. Gemeint sind damit etwa Verantwortliche in Bund, Ländern und Kommunen, Vertreterinnen und Vertreter der Eltern, Schülerinnen und Schüler, dazu Stiftun-

gen und die Gewerkschaften der Pädagoginnen und Pädagogen.

Die GEW hat klare Vorstellungen, welche Herausforderungen angegangen und gelöst werden müssen: Die chronische Unterfinanzierung des gesamten Bildungswesens und der dramatische Fachkräftemangel in der ganzen Bildungskette überlagern alle anderen Probleme oder lösen diese aus. Zudem müssen die Gelder zielgerichteter verteilt und eingesetzt werden. Dafür ist das bisher übliche Instrument des „Königsteiner Schlüssels“ nicht geeignet. Diese Position der GEW und ihren Vorschlag der Neujustierung der Mittelzuweisung nach Sozialindizes teilen mittlerweile sehr viele Bildungsfachleute.

Der Bildungsföderalismus muss reformiert werden.

Ohne einen grundlegenden Kurswechsel werden die gesellschaftlich notwendigen und sinnvollen Projekte nicht umzusetzen sein. Dazu gehören der Ausbau des Ganztags und der Digitalisierung, die Sanierung der Bildungseinrichtungen, die Weiterentwicklung der Inklusion und die Integration geflüchteter Menschen, um nur einige Baustellen zu nennen. Auch der Fachkräftemangel in vielen Arbeitssektoren wird nicht zu bewältigen sein, ohne dass es gelingt, die enge Abhängigkeit des Bildungserfolges der Kinder und Jugendlichen von ihrer sozialen Herkunft – die Achillesferse des Bildungssystems in Deutschland – zu entkoppeln und damit für mehr Chancengleichheit zu sorgen.

Um diese Aufgaben zu stemmen, muss der Bildungsföderalismus reformiert werden. Dabei geht es nicht darum, diesen aufzuheben, sondern ihn zukunftsfähig zu gestalten und so zu entwickeln, dass die unterschiedlichen Entscheidungsebenen verbindlicher und effektiver zusammenarbeiten. „Es ist sehr sinnvoll, Bildungspolitik über Staatsverträge zu steuern und das Kooperationsverbot für eine gemeinsame Finanzierung aller Ebenen aufzuheben“, sagt GEW-Vorsitzende Finnern. So können aus einem Bildungshügel doch noch etwas Produktives und ein radikales Umsteuern in der Bildung erwachsen – schließlich geht es um nicht mehr und nicht weniger als die Zukunftschancen der Menschen in unserer Gesellschaft. ■

Den Appell des Bündnisses mit der Forderung eines Nationalen Bildungsgipfels, die fünf Thesen der Bundesbildungsministerin und weitere Informationen unter gew.de/ew-4-23

KOMMT SIE – ODER KOMMT SIE NICHT?



GESA BRUNO-LATOCHA

Referentin Tarif- und Beamtenpolitik beim GEW-Hauptvorstand

Seit das Bundesarbeitsgericht (BAG) im September 2022 eine Pflicht des Arbeitgebers zur Erfassung der Arbeitszeit festgestellt hat, warten alle noch gespannter darauf, wann das Bundesarbeitsministerium den lange angekündigten Gesetzentwurf vorlegt. Was bedeutet das für Lehrerinnen und Lehrer?

Das BAG hatte eigentlich nur darüber zu entscheiden, ob der klagende Betriebsrat ein Initiativrecht „zur Einführung einer elektronischen Zeiterfassung“ habe. Dies hat das Gericht verneint – aber mit einer aufsehenerregenden Begründung: Der Betriebsrat sei nicht in der Mitbestimmung, weil es bereits eine gesetzliche Pflicht zur Arbeitszeiterfassung gebe – und Gesetz schlägt Mitbestimmung. Das BAG leitet diese Pflicht aus dem Arbeitsschutzgesetz ab. Andererseits habe der Betriebsrat zwar ein Mitbestimmungsrecht, wie die Arbeitszeiterfassung konkret

umgesetzt wird, er dürfe aber seinen Initiativantrag nicht so eng fassen, da nicht ausschließlich eine elektronische Zeiterfassung in der Lage sei, den gesetzlichen Anforderungen zu genügen (Az. 1 ABR 22/21).

Im öffentlichen Dienst gibt es weit überwiegend bereits eine Arbeitszeiterfassung. Diese ist auch Voraussetzung für Gleitzeitmodelle und für Überstundenentgelte. Beides ist in den Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst ebenso angelegt wie in den entsprechenden Beamten-gesetzen. Und die Mitbestimmung beim „Wie“ ist in den Personalvertretungsgesetzen der Länder ebenso angelegt wie im Betriebsverfassungsgesetz. Allerdings gibt es bisher zwei große Ausnahmen: Lehrkräfte sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (s. Seite 30 ff.).

Arbeitsschutz gilt für alle.

Für tarifbeschäftigte Lehrkräfte findet sich im Paragraf 44 des Tarifvertrags der Länder (TV-L) (Sonderregelungen für Lehrkräfte) in Nr. 2 Satz 2 eine schlichte Regelung: „Es gelten die Bestimmungen für die entsprechenden Beamten in der jeweils geltenden Fassung“ (analog im

hessischen TV-H und im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) für Lehrkräfte im Bundes- oder kommunalen Dienst). Damit gilt für alle Lehrkräfte die jeweilige Landesverordnung über die Unterrichtsstunden, je nach Bundesland als Pflichtstunden, Deputate oder Regelstundenmaße bezeichnet, in Abhängigkeit von der jeweiligen Schulform oder -stufe. Diese Unterrichtsstunden werden als Arbeitszeit erfasst, alles Weitere bislang nicht. Schon im Mai 2019 hatte das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) für Wirbel gesorgt, weil dieser den Mitgliedsstaaten aufgetragen hatte, „die Arbeitgeber [zu] verpflichten, ein objektives, verlässliches und zugängliches System einzurichten, mit dem die von einem jeden Arbeitnehmer geleistete tägliche Arbeitszeit gemessen werden kann“ (Az.: C-55/18). Nach dem europäischen Arbeitsschutzrecht – und daraus abgeleitet auch im deutschen Arbeitsschutzrecht – zählen auch Beamtinnen und Beamte zu den Arbeitnehmerinnen und -nehmern.

Ansonsten wird in Deutschland zwischen den beiden Statusgruppen unterschieden. Das fängt schon bei der Gesetzgebungskompetenz an: Mit Ausnahme des >>>

egal wie



Bei der Sozialwahl entscheiden die Versicherten, wer über die Leistungen der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung mitbestimmt.

Du bist gesetzlich versichert? Dann wähle die Kandidat*innen des DGB und seiner Gewerkschaften. Sie setzen sich für eine gute und faire Versorgung bei Krankheit und im Alter ein – für alle!

Mit einer Stimme für deine Gewerkschaften machst DU die Sozialversicherungen gerechter.



Wähle bis zum 31. Mai deine Gewerkschaften. Egal wie – per Brief oder online.

dgb.de/sozialwahl

DGB

Sozialwahl 2023



>>> „Statusrechts“, das bundesweit einheitlich geregelt ist, sind die Landesparlamente alleine für ihre Beamtinnen und Beamten zuständig. Würde der Bundestag – wie im Ampel-Koalitionsvertrag angekündigt – die Arbeitszeiterfassung im Arbeitszeitgesetz festschreiben, so gälte dies nicht für Landesbeamtinnen und -beamte. Die Länderparlamente müssen für ihre verbeamteten Beschäftigten eine eigene gesetzliche Grundlage schaffen.

Um die Arbeitszeiterfassung im Interesse des Arbeitsschutzes wirksam werden zu lassen, muss die Aufzeichnung auch für den Arbeitgeber zugänglich sein. Aus Arbeitsschutzgründen ist aber nur interessant, wann jemand anfängt und aufhört zu arbeiten – wegen der Pausen- und Ruhezeiten und der gesetzlichen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden pro Woche. Es geht also nicht darum, was Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Arbeitszeit tun! Letzteres wäre eine unzulässige Leistungs- und Verhaltenskontrolle. Es ist auch unerheblich, wo die Arbeitszeit erbracht wird. Reißerische Zeitungsüberschriften von einer „Rückkehr der Stechuhr“ dienen vor allem dazu, das Konzept Arbeitszeiterfassung zu diskreditieren, sie entbehren aber jeder Grundlage (s. E&W 11/2019).

Bedeutet eine Erfassung der Arbeitszeit, dass sich nun an den Schulen alles ändert? Das ist keinesfalls zwingend. Auch weiterhin wird es nötig sein festzulegen, wie viel Unterricht eine Vollzeitkraft im Regelfall zu erbringen hat. Das ist schon allein als Planungsgröße für den Landeshaushalt und die Zuweisung der Stellen an die einzelnen Schulen unverzichtbar. Auch alternative „Arbeitszeitmodelle“ – wie das in Hamburg – sind letztlich Planungsmodelle, wenn sie einzelnen Aufgaben vorab festgeschriebene Zeitkontingente zuordnen und einzelnen Unterrichtsfächern je nach Fach und Jahrgangsstufe unterschiedliche „Faktoren“ zuweisen.

Deputate weiterhin nötig

Was dann künftig nicht mehr geht: die Deputate und die weiteren Aufgaben als Dienstherr einfach zu verordnen. Wenn die Ergebnisse der Arbeitszeiterfassung einheitlich und elektronisch zugänglich gespeichert werden, kann man sie in anonymisierter Form aggregieren und auswerten. Die Personalräte, die die Einhaltung der Gesetze mit überwachen sollen, müssen ebenfalls darauf zugreifen können. Dann können sich die Arbeitgeber endlich nicht mehr davor wegducken, dass die geforder-



WENN DIE ARBEITSZEIT AN SCHULEN ERFASST WIRD, KÖNNEN SICH DIE ARBEITGEBER NICHT MEHR DAVOR WEGDUCKEN, DASS DIE FAKTISCH GELEISTETE ARBEITSZEIT DER LEHRKRÄFTE ZU HOCH IST.

ten Aufgaben – die Pflichtstunden und/oder die weiteren Pflichten – schlicht zu umfangreich sind!

Auch die jüngere Rechtsprechung zur Lehrkräftearbeitszeit hat deutlich gemacht, dass ohne eine echte Arbeitszeiterfassung keine Chance besteht, an der Überlastung der Lehrkräfte etwas zu ändern: Trotz der beeindruckenden empirischen Befunde der niedersächsischen Lehrkräftearbeitszeitstudie aus dem Jahr 2015 (s. E&W 9/2016 und 2/2018) sind bislang weiterhin alle Einzelklagen wegen überlanger Arbeitszeiten gescheitert, weil die Überlastung nicht im Einzelfall nachgewiesen werden konnte (Niedersächsisches Obergericht – 5 LB 133/20, Verwaltungsgericht (VG) Hannover – 13 A 900/18, VG Osnabrück 2020 – 3 A 45/18).

Im persönlichen Gespräch berichtete mir ein Schulleiter, seit er für sich mal angefangen habe, seine Arbeitszeit aufzuschreiben, würde er weniger arbeiten – nach 50 Stunden frage er sich dann schon, ob das wirklich auch noch diese Woche passieren müsse. Unabhängig von einer gesetzlichen Verpflichtung kann ich dies jeder Lehrerin, jedem Lehrer nur zur Nachahmung empfehlen. ■

Weitere Informationen zum Thema Arbeitszeiterfassung: gew.de/ew-4-23

„EIN BEWUSSTSEINSWANDEL IST NÖTIG“

VERENA KERN

Co-Chefredakteurin von klimareporter^o und freie Journalistin

Unbezahlte Mehrarbeit gehört für den akademischen Mittelbau an den Hochschulen zum Arbeitsalltag. Die Pflicht, die Arbeitszeit zu erfassen, könnte das ändern. Drei Beschäftigte berichten.

Seit dem Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom September 2022 ist klar: Es gibt eine allgemeine Pflicht zur Arbeitszeiterfassung – und zwar in allen Branchen. Gerade für Bildungs- und Erziehungsberufe ist das Urteil „ein Paradigmenwechsel und ein Paukenschlag“, sagt der Konstanzer Jurist Simon >>>



**MACH,
WAS DIR
GEFÄLLT**

**27.
04.
2023**

KLISCHEEFREIE
BERUFS- UND
STUDIENWAHL
JETZT!

**#BOYS'DAY
BOYS-DAY.DE**

GESUNDHEIT
PFLEGE
SOZIALES
ERZIEHUNG
BILDUNG
DIENSTLEISTUNG
UND VIELES MEHR ...

MITMACHEN BEIM

Jungen-Zukunftstag
Boys' Day

Gefördert vom  Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Durchgeführt von  kompetenz zentrum



**MACH,
WAS DIR
GEFÄLLT**

**27.
04.
2023**

KLISCHEEFREIE
BERUFS- UND
STUDIENWAHL
JETZT!

**#GIRLS'DAY
GIRLS-DAY.DE**

FORSCHUNG
INDUSTRIE
INFORMATIK
TECHNIK
WISSENSCHAFT
HANDWERK
UND VIELES MEHR ...

MITMACHEN BEIM

Girls' Day
Mädchen-Zukunftstag

Gefördert vom  Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Durchgeführt von  Bundesministerium für Bildung und Forschung  kompetenz zentrum

>>> Pschorr. Denn hier ist Vertrauensarbeitszeit bislang typisch. Die Freiheit, selbst zu entscheiden, wann und wo man arbeiten will, wird aber in aller Regel mit – oft unbezahlten – Überstunden erkauft. „Das ist nun nicht mehr möglich“, so der Experte für Hochschularbeitsrecht, der Mitte Januar auf Einladung der GEW bei einem Fachgespräch erläuterte, was das BAG-Urteil für den Wissenschaftsbereich und die hier Beschäftigten bedeutet. Grundsätzlich herrscht nun Klarheit. Die Urteilsbegründung liegt seit Anfang Dezember vor. Doch wie die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung konkret umgesetzt werden soll, ist nach wie vor offen. Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat zwar „praxistaugliche Lösungen“ angekündigt. Einen Gesetzentwurf hat sein Haus aber bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe der E&W noch nicht vorgelegt. Auf der Website des Ministeriums wird als Termin „voraussichtlich im ersten Quartal 2023“ genannt. „Das ist ein Armutszeugnis für den Arbeitsminister“, sagt Andreas Keller, GEW-Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung. „Wir brauchen ganz dringend einen Entwurf.“ Die GEW wird daher für Personalräte Schulungen anbieten, wie Modelle zur Arbeitszeiterfassung am besten eingefordert werden können. Das ist laut Pschorr möglich. „Personalräte können die Initiative ergreifen und den Arbeitgeber zum Jagen tragen.“



*Deutschland ist Europameister
der unbezahlten Überstunden.
Das wird sich nur ändern, wenn es
einen Bewusstseinswandel gibt.*



PASCAL ANNERFELT,
WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER,
GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT AM MAIN

Weil die gesetzliche Regelung auf sich warten lässt, herrscht weiter Unsicherheit. „Viele haben Angst, die Flexibilität zu verlieren, die sie heute haben“, sagt Pascal Annerfelt. Der 35-Jährige ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitsrecht der Goethe-Universi-

tät Frankfurt am Main und gehört dort dem Personalrat an. Die Befürchtung, bisherige Spielräume zu verlieren, hält der Jurist für unbegründet. „Es ist ein Missverständnis, dass diese Freiheiten durch Arbeitszeiterfassung verloren gehen“, sagt er. „Es geht um Arbeits- und Gesundheitsschutz, um die Dokumentation, wie viel gearbeitet wird.“ Darin sieht Annerfelt eine große Chance: Es wird nun transparenter, wie viel Arbeit tatsächlich anfällt. Denn die Grenzen verschwimmen schnell, wenn flexibel gearbeitet wird, das zeigen Studien. Die Faustformel lautet: Je weniger Erfassung es gibt, desto länger ist die Arbeitszeit.

Annerfelt kennt das aus eigener Erfahrung. Er hat eine befristete Vollzeitstelle, ist zu 25 Prozent freigestellt für seine Personalratsarbeit und schreibt an seiner Dissertation, dafür steht ihm laut Vertrag ein Drittel der Zeit zu. „Aber es kommt durchaus vor, dass ich auch mal am Samstag ins Büro gehe“, sagt er – weil ihm die Arbeit am Herzen liege. „Kein Erfassungssystem kann verhindern, dass Leute zu viel arbeiten“, meint er. „Deutschland ist Europameister der unbezahlten Überstunden. Das wird sich nur ändern, wenn es einen Bewusstseinswandel gibt.“ Gravierender als die häufige Mehrarbeit ist für ihn der „Befristungszirkus“ an den Hochschulen, der eine sichere Zukunftsperspektive kaum möglich mache. Nach der Promotion will Annerfelt die Universität deshalb verlassen.

Ein Bewusstseinswandel wäre tatsächlich nötig, sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft. Im Bildungs- und Erziehungsbereich ist vieles so eng auf Kante genäht, dass es ohne Überstunden einfach nicht geht. „Selbstaussbeutung ist an der Tagesordnung“, sagt Eduard Meusel. Der Sprachwissenschaftler für indogermanische Sprachen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften München. Seine Vollzeitstelle ist drittmittelfinanziert, deshalb steht ihm keine Qualifizierungszeit zu. „Ich muss mich aber auch jetzt weiter qualifizieren, Aufsätze schreiben oder auf Tagungen gehen“, sagt der 38-Jährige. „Sonst könnte meine akademische Laufbahn in zwei oder drei Jahren beendet sein.“

Dass er sehr flexibel arbeiten kann, ist für Meusel ein großes Plus. „Das bedeutet aber auch, dass ich oft abends arbeite, während andere Freizeit haben.“ Dass er dazu bereit ist, liege an seiner intrinsischen Motivation, sagt er. „Mir macht das Thema Spaß, und als Arbeiterkind ist es für mich ein Riesenprivileg, in der Wissenschaft arbeiten zu können.“



*In der vorlesungsfreien Zeit
kann man zwar Überstunden abbauen,
aber es bleibt immer etwas liegen.*



KIRSTEN LAMSCHUS,
ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTLERIN,
HOCHSCHULE NORDHAUSEN

Ganz besonders bei Deputatsmodellen ist die Zeit für viele Aufgaben so knapp bemessen, dass die Beschäftigten nicht damit hinkommen. „Das ist einfach nicht zu schaffen“, sagt Kirsten Lamschus. Die Erziehungswissenschaftlerin ist Lehrkraft für besondere Aufgaben (LfbA) an der Hochschule Nordhausen – University of Applied Sciences in Thüringen, hat also nur Lehr- und keine Forschungsaufgaben. Die 36-Jährige hat zwei Kinder und arbeitet Teilzeit. Doch statt 20 Stunden kommt sie pro Woche im Schnitt auf 25, manchmal auch 30 Stunden, denn Lamschus will sich Zeit für die Studierenden nehmen. Allerdings findet ein stärkerer Betreuungsumfang keine Berücksichtigung, und die Vorgaben differenzieren nicht, wie viel Aufwand tatsächlich nötig ist; zudem kann der zeitliche Mehraufwand nicht abgerechnet werden. „Das ist quasi ein Doppelsystem, einmal die Zeitabrechnung und einmal das Deputat“, sagt Lamschus. Und schließlich fallen viele Zusatzaufgaben an, die wiederum mehr Aufwand bedeuten – von der Digitalisierung über administrative Aufgaben und Gremientätigkeiten bis zur Studiengangsentwicklung und auch Weiterbildung. „In der vorlesungsfreien Zeit kann man zwar Überstunden abbauen“, sagt Lamschus. „Aber es bleibt immer etwas liegen.“

Ob die Arbeitszeiterfassung eine Verbesserung bringen wird, ist für Lamschus noch nicht ausgemacht. „Es könnte Mehraufwand bedeuten und mehr Druck, wenn es heißt, das muss in der Zeit leistbar sein, du bist zu langsam“, sagt sie. „Es kann aber auch Überlastung und Entgrenzung deutlich machen und eine Chance sein, dass es zu einer Debatte über ein zeitgemäßes Deputat kommt – das wäre wichtig und hilfreich.“ ■

Weitere GEW-Infos: gew.de/ew-4-23

TAFEL
DEUTSCHLAND

Jedes Lebensmittel,
das ungenutzt im Müll
landet, verschwendet
Ressourcen und belastet
unser Klima. Pro Jahr
sind das weltweit ...



landwirt.
Nutzfläche 28 % (1,4 Mrd. ha)



3,3 Mrd. t
Treibhausgase



Wasser-
verbrauch
1.300 Mrd. m³



1,3 Mrd. t
CO₂ für Trans-
port/Produktion

Die über 960 Tafeln in Deutschland retten Lebensmittel und geben sie an über zwei Millionen armutsbetroffene Menschen weiter. Mit ihrem Einsatz tragen 60.000 Lebensmittelretter:innen zum Klimaschutz bei. www.tafel.de | Quelle: FAO, WWF

Unterstützen Sie uns!
Unsere Publikationen finden Sie online.

www.suedwind-institut.de

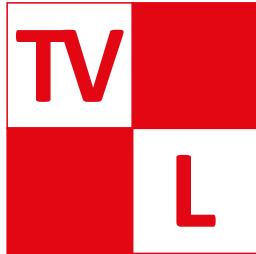


**UNABHÄNGIGE
FORSCHUNG ZU
GLOBALER
GERECHTIGKEIT
KOSTET GELD!**

**UNSER ZIEL:
200 SPENDEN
BIS PFINGSTEN 2023**

SÜDWIND e.V. DE45 3506 0190 0000 9988 77

BAYERN BEWEGT SICH



VERENA KERN

Co-Chefredakteurin von klimareporter° und freie Journalistin

Auch in Bayern erhalten wissenschaftliche Hilfskräfte an Hochschulen nun einen Mitarbeitervertrag und werden damit bessergestellt. Doch es gibt eine Einschränkung: Die Änderung gilt lediglich für neu abgeschlossene Verträge.

Anfang des Jahres staunten viele in Bayern nicht schlecht. In dem neuen bayerischen Hochschulinnovationsgesetz, das am 1. Januar in Kraft trat, taucht die Personalkategorie „wissenschaftliche Hilfskraft“ nicht mehr auf. Wie es in den meisten Bundesländern nach wie vor üblich ist, wurden auch in Bayern Masterabsolventinnen und -absolventen, die nicht mehr studieren, aber an einer Hochschule beschäftigt sind, bis zum Jahreswechsel an den Hochschulen als wissenschaftliche Hilfskräfte bezahlt. Trotz ihrer Qualifikation liegt der Stundenlohn dabei kaum über dem der studentischen Hilfskräfte. Damit ist in Bayern nun Schluss, wie der zuständige Minister Markus Blume (CSU) in einem Interview mit dem Bildungsjournalisten Jan-Martin Wiarda erklärte: „Unser Ziel war, dass sich die Einkommenssituation

derjenigen verbessert, die bisher wissenschaftliche Hilfskräfte waren. Sie sind ab jetzt wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit gilt für sie der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L).“ Die Besserstellung ist tatsächlich erheblich. Je nach Tätigkeit kann der Stundenlohn um die zehn Euro höher liegen.

Viele Hochschulen waren von der Neuerung überrascht. „Sie wurden erst zum Jahreswechsel informiert“, sagt Eduard Meusel von der GEW Bayern. „Das Ministerium hat die Hochschulen zu spät angeschrieben.“ Nach seiner Kenntnis wurden die ersten Briefe erst Ende Dezember verschickt. „Bei einer solch großen Änderung hätte man das besser vorbereiten müssen“, kritisiert er. Dabei zog sich die Arbeit an dem neuen Gesetz über Jahre hin. Bei einer Expertenanhörung war Meusel als Sachverständiger dabei. „Zum Schluss musste alles ganz schnell



Bayern hat die Forderung der GEW erfüllt, dass wissenschaftliche Hilfskräfte mit Abschluss einen Mitarbeitervertrag bekommen sollen.



ANDREAS KELLER,
GEW-VORSTANDSMITGLIED HOCHSCHULE
UND FORSCHUNG



TV-L für Hilfskräfte

BAYERN HAT DIE WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRÄFTE AN HOCHSCHULEN UND UNIVERSITÄTEN ABGESCHAFFT. DIESE SIND SEIT DEM 1. JANUAR DIESES JAHRES WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER. FÜR SIE GILT DAHER DER TARIFVERTRAG DER LÄNDER (TV-L).

gehen“, hat er beobachtet. „Es wirkt, als wären die wissenschaftlichen Hilfskräfte nur aus Versehen abgeschafft worden.“ Dem widerspricht Minister Blume: „Offenbar haben da einige schlicht und einfach das Gesetz nicht verstehen wollen.“

Das Ergebnis jedenfalls wertet Andreas Keller, GEW-Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung, als wichtigen Schritt. „Bayern hat die Forderung der GEW erfüllt, dass wissenschaftliche Hilfskräfte mit Abschluss einen Mitarbeitervertrag bekommen sollen“, sagt er. In Berlin und Bremen ist das bereits seit langem der Fall. Und laut Keller de facto mittlerweile auch in Hessen, wo mit dem „Kodex für gute Arbeit“ im Dezember 2021 vereinbart wurde, die Kategorie „wissenschaftliche Hilfskraft“ nicht mehr zu nutzen. Bayern ist damit das vierte Bundesland, das sich für eine Besserstellung entscheidet.

Allerdings gibt es eine Einschränkung. Nicht alle wissenschaftlichen Hilfskräfte werden in Bayern, wie Minister Blume sagte, „ab jetzt“ bessergestellt. Nach Auskunft

seines Hauses gilt die Neuerung nur für neu abgeschlossene Verträge, nicht aber für Bestandsverträge. „Bestehende Verträge laufen bis zum vereinbarten Vertragsende“, erklärt ein Sprecher auf Nachfrage. Die Kategorie „wissenschaftliche Hilfskraft“ werde somit nicht sofort, sondern schrittweise verschwinden.

Eine Aufstockung der Mittel – wie die GEW Bayern kürzlich in einem offenen Brief forderte, um die besser dotierten Verträge zu finanzieren – ist aus Sicht des Ministeriums nicht erforderlich. „Wir haben die Mittel schon aufgestockt“, erklärt der Sprecher. „Im neuen Haushalt ist so viel Geld für die Hochschulen vorgesehen wie noch nie.“ Laut Blume sind 300 Millionen Euro zusätzlich eingeplant.

GEW-Vorstand Keller hofft, dass nun weitere Bundesländer nachziehen. „Die Chancen stehen gut“, sagt er. „Viele Hochschulen haben mittlerweile Probleme, die Stellen zu besetzen.“ Der Grund: Die Bezahlung ist bislang einfach zu schlecht. ■

IST DAS STREIKRECHT KÄUFLICH?

GESA BRUNO-LATOCHA

Referentin Tarif- und Beamtenpolitik beim GEW-Hauptvorstand

Die GEW hat sich in der mündlichen Verhandlung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) noch einmal für das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte stark gemacht.

Ein spannender Moment: 17 Richterinnen und Richter der Großen Kammer des EGMR nehmen in ihren Roben Platz im großen Halbrund des Saals eben jenes Gerichtshofes in Straßburg. Das Thema der mündlichen Verhandlung: Dürfen Beamtinnen und Beamte in Deutschland streiken?

Drei GEW-Lehrkräfte, stellvertretend für viele andere, gegen die ebenfalls wegen der Teilnahme an Streiks eine Disziplinarmaßnahme verhängt worden war, nehmen mit ihrer Prozessvertretung gegenüber Platz, ein paar Meter neben ihnen sitzt die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, der Beklagten.

Obrigkeitsstaatliches Denken

Der Vortrag des Prozessvertreters der Bundesregierung, Professor Christian Walter, erlaubte tiefe Einblicke in obrigkeitsstaatliches Denken. Der Beamtenstatus sei Voraussetzung für die Sicherung des Rechts auf Bildung und für eine funktionierende Staatsverwaltung. Die materiellen Bedingungen des Beamtenstatus' seien so vorteilhaft, dass die Beschäftigten diesen freiwillig anstreben.



Den Rechten der Beamten stünden Pflichten gegenüber, die gute Bezahlung und andere Vorteile des Beamten-tums wie der lebenslang sichere Arbeitsplatz seien eine angemessene Kompensation für das fehlende Streikrecht, argumentierte Walter. Menschen lassen sich ihre Grundrechte abkaufen? Eine abenteuerliche Haltung für ein demokratisches Land!

Entscheidend nach der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ist jedoch nicht, in welchem Status jemand beschäftigt ist, sondern, was er tut. Das bedeutet, dass Einschränkungen des Streikrechts nur auf gesetzlicher Grundlage bei Angehörigen der Polizei, des Militärs und der Staatsverwaltung zulässig sind. Zu dieser Gruppe gehören Lehrkräfte unstrittig nicht.

SOLLTEN VERBEAMTETE LEHRKRÄFTE IN DEUTSCHLAND STREIKEN DÜRFEN? ZU DEM THEMA HÖRTE DER EUROPÄISCHE GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE IN STRASSBURG DIE PROZESSVERTRETUNGEN DER GEW UND DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND AN.

Einer der Streiks, um die es in den Beschwerden vor dem EGMR ging, richtete sich vor über zehn Jahren gegen eine verordnete Pflichtstundenerhöhung. Auch aktuell wird wieder über längere Unterrichtszeiten diskutiert, um den dramatischen Lehrkräftemangel in Deutschland zu lindern. Gegen diese Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sollten sich Lehrkräfte wehren dürfen.

Das Gericht wollte wissen, warum die Beschwerdeführerinnen und -führer nicht einfach einen Antrag auf Wechsel vom Beamten- in das Angestelltenverhältnis gestellt hätten. Der Prozessvertreter der GEW-Klägerinnen und -Kläger, Rudolf Buschmann, machte deutlich, dass ein freies Wahlrecht des Status im deutschen Recht nicht vorgesehen ist. Die Entscheidung zur Verbeamtung treffe stets der Dienstherr. Natürlich könnten Beamtinnen und Beamte auch kündigen. Aber dann verlören sie ihren Job und einen großen Teil ihrer Altersversorgung. Einen Anspruch auf (Wieder-)Einstellung als angestellte Lehrkraft gibt es ebenso wenig wie einen Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Kollektives Betteln

Professor Walter trug vor, die Spitzenverbände der Gewerkschaften seien in die Besoldungsgesetzgebung eingebunden, sie dürften sowohl vor der Kabinettsvorlage als auch im parlamentarischen Verfahren Stellung nehmen. Das seien quasi Kollektivverhandlungen – und außerdem gehe das sogar schneller als Tarifverhandlungen. Das Streikrecht sei zudem kein essenzielles Element des Menschenrechts auf Kollektivverhandlungen. Diese Bewertung wies Buschmann strikt zurück und zitierte den berühmten Satz des Bundesarbeitsgerichts, dass Tarifverhandlungen ohne Streikrecht nichts anderes als kollektives Betteln seien.

Auch die GEW-Vorsitzende Maike Finne betonte im Anschluss an die Anhörung, dass eine Gewerkschaft mehr sei als ein Lobbyverband. Es sei eben nicht das Gleiche, ob man in einem Beteiligungsverfahren als gewerkschaftlicher Spitzenverband seine Position vortragen kann oder ob man – wie es das internationale Arbeitsrecht vorsieht – in freien Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften Arbeitsbedingungen vereinbart. ■

Alle Infos zum Thema Streikrecht für Beamtinnen und Beamte unter gew.de/ew-4-23

OCHSENTOUR

MIT UNGEWISSEM AUSGANG

CHRISTOPH RUF
freier Journalist

Trotz dramatischen Lehrkräftemangels tut sich Sachsen nach wie vor schwer, migrierte Lehrkräfte, die nicht aus Staaten der Europäischen Union (EU) kommen, anzuerkennen. Dabei hat in der Landespolitik sogar schon ein Umdenken stattgefunden.

Schon vor dem russischen Angriff auf die Ukraine kamen seit 2015 rund 3.500 Lehrerinnen und Lehrer aus dem Ausland nach Sachsen – mit teils jahrzehntelanger Berufserfahrung. Doch noch heute arbeitet trotz des dramatischen Lehrkräftemangels nur ein verschwindend geringer Teil von ihnen in einer sächsischen Schule. Ein Missstand, der Gründe hat, weiß Juri Haas von der Fachgruppe Grundschulen der sächsischen GEW: „Das Anerkennungsverfahren war nicht nur in der Wahrnehmung der Antragsteller de facto lange ein Aberkennungsverfahren. Wir konnten uns des Eindrucks nicht erwehren, dass vor allem Kriterien gesucht wurden, anhand derer man die Bewerberinnen und Bewerber scheitern lassen konnte.“

Wer sucht, der findet: Schon im Antragsverfahren werden Sprachkenntnisse auf C2-Niveau verlangt. Doch die größere Hürde ist die Anerkennung der internationalen Abschlüsse. So studieren die angehenden Lehrerinnen und Lehrer in den meisten Ländern Europas neben

Pädagogik nur ein Unterrichtsfach; in Deutschland sind zwei Fächer die Voraussetzung, um eine vollständige Ausbildung zur Lehrkraft zu erwerben. Abschlüsse von Bewerberinnen und Bewerbern aus EU-Staaten werden mittlerweile in Deutschland auch dann anerkannt, wenn sie nur ein Unterrichtsfach studiert haben. Kandidatinnen und Kandidaten aus Nicht-EU-Staaten wird das zum Verhängnis, obwohl sie häufig ein Fach unterrichten könnten, das in Sachsen dringend benötigt würde. Dass sie das zweite Fach auch berufsbegleitend studieren können, geht aus den offiziellen Dokumenten nicht hervor. Eine Praxis, die angesichts des Lehrkräftemangels geändert werden muss, findet die GEW, die sich in ihrem Programm „15 Punkte gegen den Lehrkräftemangel“ deshalb unter anderem dafür einsetzt, dass ausländische Abschlüsse leichter anerkannt werden.






„Defizitorientierung“ im Anerkennungsprozess

Lisa Gulich beschäftigt sich seit langem mit dem Schicksal geflüchteter Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen – derzeit im Rahmen eines von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Promotionsprojektes an der Universität Frankfurt am Main. Viele hätten vierstellige Beträge für die Übersetzung von Abschlüssen und anderen Unterlagen bezahlt, erzählt die Pädagogin. Dennoch sei ein Lehrer aus der Türkei auch deshalb abgewiesen worden, weil in einem Dokument aus dem „Referendariat“ eine „Kandidatur“ wurde – ein Fehler des Dolmetschers, der, so Gulich, problemlos hätte richtiggestellt werden können – wenn man denn gewollte hätte.

Überhaupt hat Gulich eine „Defizitorientierung“ im Anerkennungsprozess festgestellt: „Die Kriterien sind

GEW: 15 PUNKTE GEGEN DEN LEHRKRÄFTEMANGEL



1.  **Arbeitszeitreserven heben**
2.  **Multiprofessionelle Teams bilden**
3.  **Mehr IT- und Verwaltungsunterstützung**
4.  **Gutes Geld für gute Arbeit – Attraktivität des Lehrkräfteberufs steigern**
5.  **Studienplätze ausbauen, Studium verbessern**
6.  **Ausländische Abschlüsse anerkennen**
7.  **Vorbereitungsdienst stärken**
8.  **Bezahlung der Anwärter*innen und Referendar*innen über Mindestlohn heben**
9.  **Gemeinsamer Kraftakt Quer- und Seiteneinstieg**
10.  **Beschäftigte ohne Lehramt begleiten und ihnen Perspektiven bieten**
11.  **Mentor*innen stärken**
12.  **Schulen in schwierigem Umfeld besser ausstatten**
13.  **Neue Wege gehen**
14.  **Kurswechsel bei Einstellungspolitik**
15.  **Verbindlichkeit sichern**

www.gew.de/15-punkte-gegen-lehrkraeftemangel

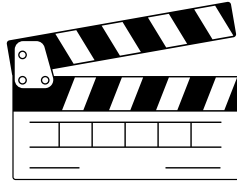
jedenfalls nicht danach ausgerichtet, diese Pädagoginnen und Pädagogen als vollwertige Kolleginnen und Kollegen anzuerkennen.“ Eigentlich sollen die Anträge, wenn alle Dokumente vorliegen, innerhalb von drei Monaten vom sächsischen Landesamt für Schule und Bildung bearbeitet werden. Doch die Verfahren dauern durchschnittlich 16 Monate. Dabei ist es dank der GEW in Sachsen seit 2019 möglich, auch Menschen mit einem Auslandsabschluss in nur einem Fach einzustellen – und das sogar mit Vorrang vor beruflsfremden Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern. Dennoch passierte das bis vor kurzem so gut wie nie. Das hat sich mittlerweile geändert. Zum einen, weil es kaum noch Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger gibt. Und zum anderen, weil man bei den ukrainischen Lehrkräften seit Beginn des Krieges nicht annähernd so streng bei der Begutachtung ihrer Qualifizierung war. Doch der Bewusstseinswandel in der Politik droht zu verpuffen, wenn er in den Behörden und Gerichten nicht ankommt. Die sächsische Besonderheit scheint allerdings eher die restriktive Praxis auf den Ämtern zu sein. Bayern beispielsweise erkennt überhaupt keine ausländischen Abschlüsse an.

Seit Juli 2021: Warten auf Entscheidung des Verwaltungsgerichts über Widerspruch

Auch Yuliya Schmidt, die kürzlich mit einer Delegation im sächsischen Kultusministerium war, hat den Eindruck, man sei dort „erschrocken“ über die Schilderungen der Betroffenen gewesen. „Ich glaube, da arbeiten vor allem Leute, die es nicht gewohnt sind, dass jetzt so viele Ausländerinnen und Ausländer kommen.“ Schmidt weiß, wovon sie spricht. Seit 2018 versucht die gebürtige Belarussin, Lehrerin in Sachsen zu werden (s. E&W 7-8/2021). 17 lange Monate dauerte es, bis ihr erstes Fach, Russisch, anerkannt wurde; weder Deutsch als Zweit- noch als Fremdsprache (das Studium schloss sie in Dresden mit dem Master ab) wurden akzeptiert. Dabei hat sie in Belarus Deutsch, Literatur und Russisch an der Uni und in der Schule unterrichtet. Schmidt strengte ein Widerspruchsverfahren an. Seit Juli 2021 wartet sie ungeduldig auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichts: „Ich war 34 Jahre alt, als ich den Antrag gestellt habe, in Deutschland unterrichten zu dürfen. Jetzt werde ich bald 39.“ ■

GEW-Studie „Verschenkte Chancen?!“: gew.de/ew-4-23

EIN FENSTER IN FREMDE SCHULWELTEN



FRAUKE HASS

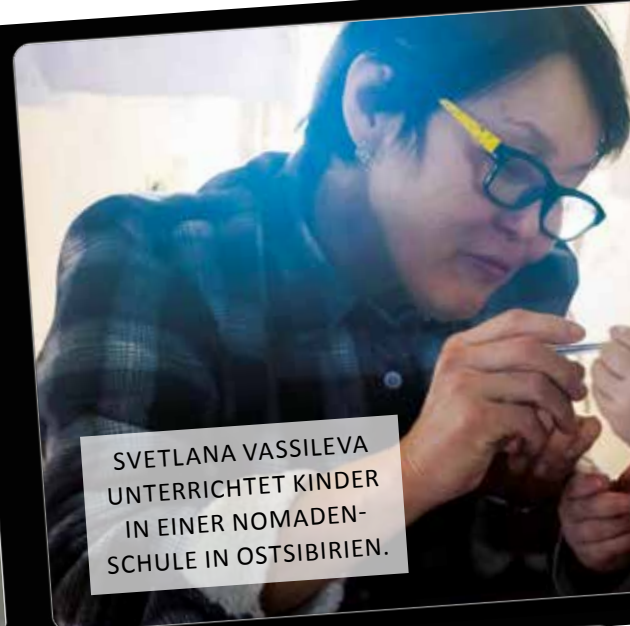
Leitung Presse, DFF – Deutsches Filminstitut & Filmmuseum

Ein überdachter Sandplatz in Burkina Faso, eine Jurte in Sibirien, eine Bootsschule in Bangladesch – der Film „Schulen dieser Welt“ der französischen Dokumentarfilmerin Émilie Thérond erzählt von drei Lehrerinnen mit einer gemeinsamen Aufgabe: Bildung auch in den letzten Winkel dieser Welt zu bringen.

Sandrine Zongo hat eine Mission: Als junge Lehrerin will sie dazu beitragen, dass die Kinder ihres Landes lesen, schreiben und rechnen lernen. Und zwar möglichst viele Kinder, nicht nur jene, die das Glück haben, in einer Stadt aufzuwachsen. Junge Lehrerinnen und Lehrer dürfen sich in Burkina Faso allerdings nicht aussuchen, wo sie hingeschickt werden. Als sich Zongo dann in der Hauptstadt Ouagadougou auf den Weg macht, ist es ein trauriger Abschied. Denn monatelang wird die Mutter ihre kleinen Kinder nicht wiedersehen. Zu weit ist ihre neue Schule im Bezirk Bouroum-Bouroum entfernt. Am Ziel ist die Ernüchterung groß: Der Klassenraum ist bloß ein überdachter Freiplatz auf sandiger Fläche. Ihre



IN BURKINA FASO NIMMT SANDRINE ZONGO SOGAR DIE TRENnung VON IHREN EIGENEN KINDERN IN KAUF, UM IN DER PROVINZ ANDEREN KINDERN LESEN UND SCHREIBEN BEIZUBRINGEN.



SVETLANA VASSILEVA UNTERRICHTET KINDER IN EINER NOMADENSCHULE IN OSTSIERIEN.

eigene Behausung ein unmöblerter Betonkubus gleich daneben. Hier ist sie ganz allein, das Dorf bleibt auf Abstand. Und natürlich fällt ständig das Internet aus. Sechs Jahre wird Sandrine an diesem abgelegenen Ort bleiben, ihre Kinder viele Monate im Jahr vermissen und gleichzeitig anderen Kindern etwas beibringen. Zongo ist eine der Protagonistinnen in Émilie Théronds Dokumentarfilm „Schulen dieser Welt“, Svetlana Vassileva eine andere. Die Arbeitsplätze der beiden könnten gegensätzlicher nicht sein. Statt mit Hitze, Staub und Fliegen plagt Vassileva sich in Ostsibirien mit Eis und Schnee herum. Bis zu 150 Kilometer fährt sie auf ihrem Rentierschlitten mit ihrer Nomadenschule zu ihren Schützlingen – Kindern der nomadisch lebenden Ewenken, die sie in ihren Camps aufsucht, um für sie eine elementare Bildungsbasis zu legen: Lesen, Schreiben, Rechnen und die Fähigkeit, die Sprache der eigenen Volksgruppe, das Ewenkische, zu lesen und zu sprechen. Vassilevas Leben ist hart. Nachdem sie stundenlang durch Eis und Schnee gefahren ist, muss sie auch noch ihre Jurte aufbauen, den Ofen anschließen und einheizen, damit das „Schulhaus“ am nächsten Morgen bereitsteht. Auch sie hat Töchter, die sie sehr vermisst, auch wenn diese schon in der städtischen Schule sind. Sie selbst musste als Kind die Familie verlassen, um in der Stadt in die Schule zu gehen. Diesen Schmerz möchte sie ihren Schützlingen ersparen. Etwas lernen, eine Ausbildung machen und unabhängig sein: Dieses Ziel will auch Taslima Akter in Sunamganj in

Bangladesch für Kinder erreichen. Im Blick hat sie da vor allem die Mädchen, die für sich selbst entscheiden sollen, wie sie ihr Leben verbringen. „Frauen sollten das Gleiche tun dürfen wie Männer“, sagt Akter. Realität ist das in ihrem Alltag noch lange nicht. Viele junge Mädchen werden verheiratet, lange bevor sie eine Schulbildung und damit die Chance zur Unabhängigkeit erhalten haben. Deshalb fährt Akter täglich mit ihrer Bootsschule im überschwemmten Sunamganj von Haus zu Haus, um die Schülerinnen und Schüler einzusammeln. Beharrlich macht sie ihnen klar, wie wichtig Bildung ist, motiviert die Begabtesten für die Prüfungen und debattiert mit zögerlichen Eltern. Zur Not spendiert sie auch mal eine Schuluniform, wenn der Schulbesuch daran zu scheitern droht.

Drei Lehrerinnen, drei Geschichten: Schlaglichter eines Schullebens im Extremen. Drei engagierte Frauen, die persönliche Opfer bringen, um Kinder etwas zu lehren. Ganz unverbunden stehen diese drei Entwürfe in Théronds Film nebeneinander, der wenig darüber erzählt, wie diese drei Frauen wirklich leben. Dafür geht er zu wenig in die Tiefe, was schade ist, denn man hätte gern erfahren, was sie – auch in dunkleren Stunden – empfinden. So öffnet der Film lediglich ein Fenster und erlaubt einen kurzen Blick in fremde Schulwelten. Der Blick lohnt dennoch und lehrt uns Demut. ■

Filmstart: 27. April



TASLIMA AKTER (LI.) UNTERRICHTET IN BANGLADESCH. SIE HAT VOR ALLEM DIE MÄDCHEN IM BLICK. DIE SOLLEN FÜR SICH SELBST ENTSCHEIDEN, WIE SIE IHR LEBEN VERBRINGEN.

Fotos: winds X Verleth

DIE INDIGENE KLIMA- UND MENSCHENRECHTSAKTIVISTIN TXAI SURUÍ WUCHS IN EINEM INDIGENEN DORF IN BRASILIEN AUF UND STUDIERT JURA. BEKANNT WURDE DIE HEUTE 25-JÄHRIGE DURCH IHRE ERÖFFNUNGSREDE 2021 AUF DER UN-KLIMAKONFERENZ IM SCHOTTISCHEN GLASGOW.



Foto: picture alliance / REUTERS

INDIGENER BILDUNGSHUNGER

GUDRUN FISCHER
freie Journalistin

An brasilianischen Universitäten studieren mittlerweile viele Indigene. Die Grundlagen dafür werden in den Dorfschulen der brasilianischen Ureinwohner gelegt.

Es ist ein friedlicher, heißer Samstagnachmittag im indigenen Dorf Napetanha. Hühner picken im Lehm-boden, ein paar Obstbäume spenden Schatten. Zwei Caciquen, Dorfleiter, liegen in Hängematten unter dem Dach des Versammlungshauses und dösen. Almir und Mopiri Suruí leben schon immer auf dem Territorium

des indigenen Volkes „Paiter Suruí“. Ihr Land ist 2.500 Quadratkilometer groß, etwa so groß wie das Saarland, und liegt im Süden des brasilianischen Bundesstaats Rondônia. Die nächste Stadt heißt Cacoal, die Fahrt dorthin dauert anderthalb Stunden.

Heute gab es auf der Erdstraße keine Schlammlöcher, sie war trocken und gut zu befahren. Indigene Territorien dürfen nur mit ausdrücklicher Erlaubnis der Caciquen betreten werden. Cacique Almir Suruí ist ein moderner Mann. Er spricht Portugiesisch. Er hat ein Handy und liebt die Fotos darauf. Oft ist er unterwegs, um für indigene Rechte einzutreten. Napetanha beherbergt etwa 100 Menschen, diese leben in einfachen Holzhäusern mit Veranda. Die Menschen hier bauen Gemüse und Kaffee an. Außerdem sammeln sie für den Verkauf Früchte und Nüsse im Urwald.

Daví Oipameiuhaiá Suruí, der neunjährige Großneffe des Cacique Mopiri, öffnet die knarrende Türe der kleinen Dorfschule. Es sind Ferien, überall liegt Staub, in den Ecken hängen Spinnennetze. Die Fenster haben keine Scheiben, wie alle Fenster im Dorf. Die Schule ist das einzige Backsteingebäude zwischen den Holzhäusern. Trotzdem wirkt sie ärmlich. „Eine Lehrerin unterrichtet in diesem Raum hier, die andere in dem anderen Raum nebenan. Für Sport haben wir eine dritte Lehrerin. Das da vorne ist unser Sportplatz.“ Der Platz ist von hohem Gras überwuchert. „Hier ist unser Wasserfilter. Der macht komische Geräusche, und ich hatte am Anfang Angst vor ihm“, sagt Daví. Der Wasserfilter ist ein langer metallener Kasten mit einem Wasserhahn. Die Geräusche kommen von der elektrischen Kühlung. Der Wasserfilter scheint die einzige kostspielige Ausstattung an dieser Dorfschule zu sein. Das Trinkwasser, das herausläuft, ist angenehm kühl. Vor dem Wasserfilter hatte er Angst, aber vor Schlangen, die er hier oft sieht, habe er keine, sagt Daví. Nicht einmal vor Würgeschlangen.

„Unter Bolsonaro wurde alles schlimmer.“

Daví erzählt, dass er in der Schule von der indigenen Lehrerin in seiner eigenen Sprache Tupí-Mondé unterrichtet werde. Ab der 5. Klasse wird er auch schreiben lernen. Die indigenen Sprachen Brasiliens sind viele tausend Jahre alt, aber sie waren immer Sprachen ohne Schrift. Erst seit kurzem lernen die Kinder das Tupí-Mondé in Wort und Schrift. Cacique Almir Suruí

unterhält sich mit seinen Leuten ausschließlich auf Tupí-Mondé.

Sollte sich nicht die indigene Behörde „Funai“ um die Schule kümmern? Almir Suruí zuckt die Schultern. Den letzten Leiter der Funai hatte der frühere Präsident Jair Bolsonaro eingesetzt. „Er mochte uns Indigene nicht und zerstörte alles, was die Funai einst zur Verteidigung der Indigenen aufgebaut hatte.“ Nie sei irgendeine Regierung bereit gewesen, viel für Indigene zu tun, bemerkt Almir Suruí. „Doch unter Bolsonaro wurde alles schlimmer.“

Seit 1988 steht in der brasilianischen Verfassung, dass die ungefähr 300 indigenen Völker Brasiliens das Recht haben, ihre eigene Sprache an den Dorfschulen unterrichtet zu bekommen. Cacique Mopiri Suruí, der älteste Bruder von Almir, erzählt von seinen zwölf Kindern. Sie alle besuchten die hiesige Dorfschule. Nun hätten einige studiert. „Einer meiner Söhne ist Anwalt. Der andere ist Arzt. Und zwei studieren noch Medizin. Der eine in Rondônias Hauptstadt Porto Velho, der andere hier in der Kreisstadt Cacoal. Ein anderer studiert und arbeitet in Porto Velho, er macht auch Jura. Wenn er fertig ist, kommt er hierher zurück und arbeitet hier. Dann baue ich ihm ein Haus.“

Ob es ausreicht, seinem Sohn ein Haus zu bauen, damit er zurückkehrt? Für viele ältere Indigene ist es traurig, dass ihre erfolgreichen Kinder die Dörfer verlassen. Auch Almir Suruí hat fünf erwachsene Kinder, die entweder Jura, Medizin oder Forstwissenschaften studieren. Seine 25-jährige Tochter Txai Suruí besuchte dieselbe Schule wie der kleine Daví. Als Jugendliche zog sie mit ihrer Mutter in die Landeshauptstadt Porto Velho, machte Abitur und begann mit dem Jurastudium. Txai Suruí wurde weltweit bekannt, als sie im Oktober 2021 auf der UN-Klimakonferenz im schottischen Glasgow die Eröffnungsrede hielt. Sie trägt eine große runde Brille, Armبänder, Piercings, Tattoos und Bemalungen. In den Ferien arbeitet sie im Büro der Indigenen-Initiative „Kanindé“. Nach ihrer Rede wurde sie in Porto Velho von Bolsonaro-Anhängern auf offener Straße bedroht.

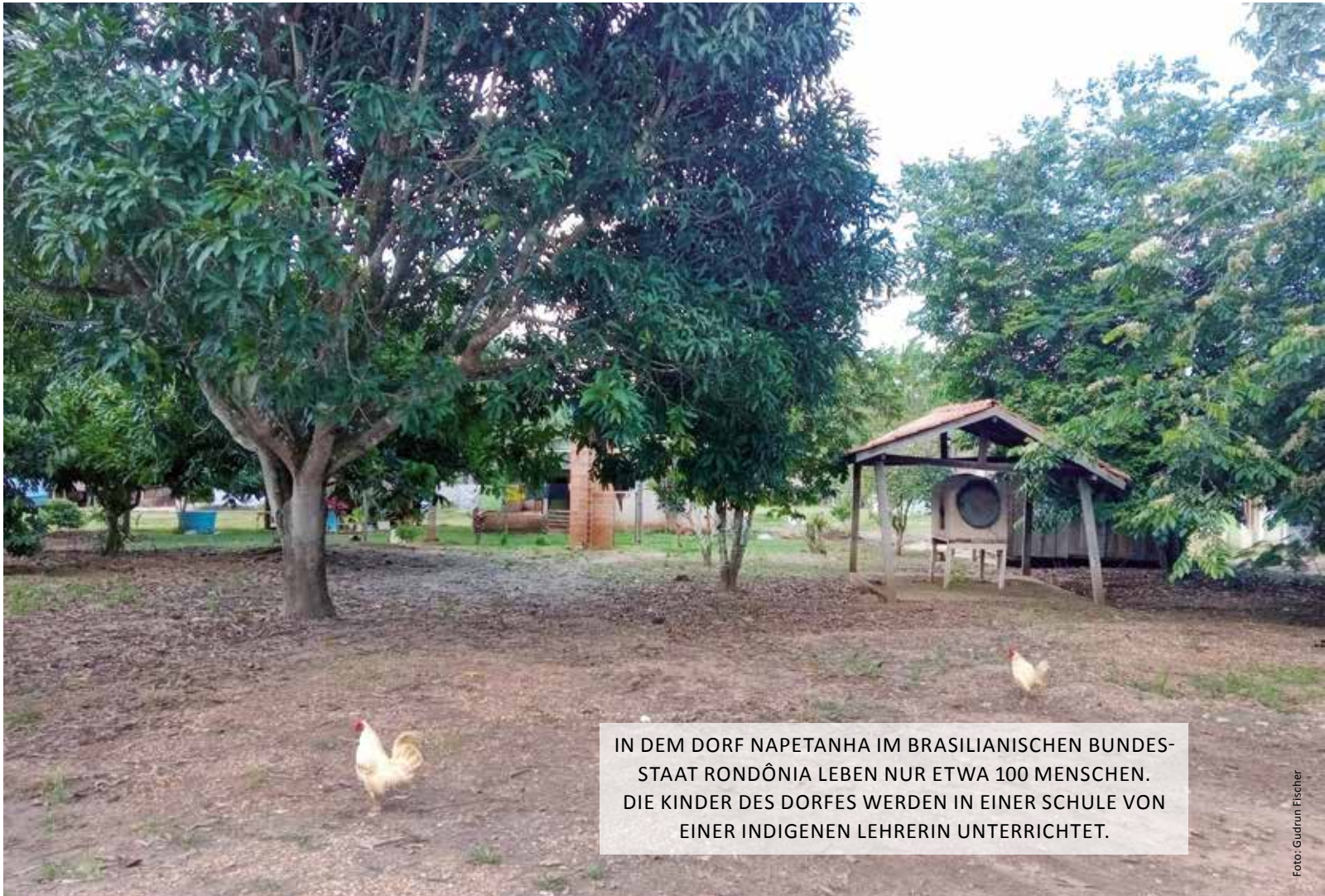
„Zum einen ist die Klimafrage für uns dringend. Zum anderen leiden wir schrecklich unter Übergriffen und Gewalt“, sagt Txai Suruí und berichtet von Arí: „Er war ein junger Anführer des Volkes Uru-Eu-Wau-Wau. Im April 2020 wurde er getötet. Wir sind sicher, dass er ermordet wurde, weil er ein Waldwächter war.“ Einige indigene Völker stellen eigene Brigaden auf, die durch ihre Wälder streifen, um diese zu überwachen. >>>

>>> Damit versuchen sie, Invasionen, illegale Holzeinschläge und Brände auf ihrem Gebiet zu verhindern. Doch das ist gefährlich.

Ein Drittel der Indigenen Brasiliens lebt mittlerweile in Städten.

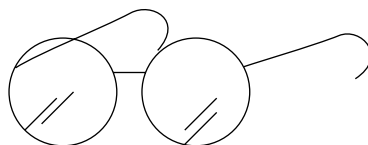
Der Tod ihres Freundes Arí belastete Txai Suruí. Daher gründete sie die Organisation der indigenen Jugendlichen von Rondônia. Sie fährt oft in indigene Territorien, wenn dort Hilfe benötigt wird. Eigentlich will ihr Vater Almir Suruí sie gerne zurück im Dorf sehen. Aber er zögert bei der Frage, ob sie die Anwältin für die Suruí-Belange werden soll. „Wir haben schon andere Anwälte. Txai könnte das natürlich auch. Aber mal sehen. Es ist schwierig. Die Verfolgungsgefahr ist sehr groß.“ Almir Suruí lebte selbst viele Jahre unter Polizeischutz. Viele engagierte Menschen wer-

den im Amazonasgebiet ermordet. Im vergangenen Juni erschossen illegale Fischer Dom Phillips, einen britischen Journalisten. Auch sein Begleiter Bruno Pereira, der viele Jahre für die Funai gearbeitet hatte, wurde erschossen. Ein Drittel der Indigenen Brasiliens lebt mittlerweile in Städten. Im Jahr 2011 waren 10.000 Indigene an brasilianischen Universitäten eingeschrieben. 2019 waren es schon mehr als 56.000. Trotz ihrer ärmlichen Dorfschulen ist der Bildungshunger der indigenen Jugend groß. Ihre Familien haben kein Geld, sie zu unterstützen. Aber seit etwa zehn Jahren ermöglichen Quoten und Stipendien den Studienzugang für Indigene. Diese Erleichterungen stammen aus der ersten Regierungszeit der Arbeiterpartei PT von 2003 bis 2016. Viele Indigene sagen in Interviews, sie wollten mit ihrem Wissen die Situation ihrer Völker verbessern. So wie Txai Suruí. Sie nennt sich eine „Indigene in der Stadt“. ■



IN DEM DORF NAPETANHA IM BRASILIANISCHEN BUNDESSTAAT RONDÔNIA LEBEN NUR ETWA 100 MENSCHEN. DIE KINDER DES DORFES WERDEN IN EINER SCHULE VON EINER INDIGENEN LEHRERIN UNTERRICHTET.

MITGLIEDERFORUM



GEW BETREIBT ROSINENPICKEREI

(E&W 2/2023, SEITE 20 FF.: „1. MÄRZ IN STRASSBURG: GEW VERSUS BRD“)

Die GEW führt auch mit unseren Mitgliedsbeiträgen Klage, um ein Streikrecht für Beamtinnen und Beamte zu erzwingen. Wir empfinden das Ansinnen der GEW als Rosinenpickerei, weil man nicht einerseits von Beamtenprivilegien und der damit verbundenen Fürsorgepflicht des Staates profitieren kann und andererseits das den Arbeitnehmern vorbehaltene Streikrecht beansprucht. Wenn die GEW mit der Streikrechtsforderung die Abschaffung des Beamtenstatus im Lehrerbereich fordern würde (also ein einheitliches Dienstrecht), fände dies unsere Unterstützung. Aber sie erklärt ausdrücklich, das Streikrecht zu wollen, „ohne dass sie den Beamtenstatus als solchen in Frage stellt“. Dabei bezieht sich die GEW einerseits auf die Argumentation in einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte: Das gelte für Beamtinnen und Beamte wie Lehrkräfte, die nicht wie Bundeswehr oder Polizei direkt „hoheitliche Aufgaben“ wahrnehmen. Andererseits zieht die GEW daraus nicht die eigentlich logische Konsequenz, die Aufgabe des Beamtenstatus für Lehrkräfte, die keine direkten hoheitlichen Aufgaben wahrnehmen, und ein einheitliches Dienstrecht zu fordern.

Die GEW schreibt: „Schlimmstenfalls muss die GEW erneut durch alle Instanzen ziehen.“ Die Verwendung der Mitgliedsbeiträge für Klageverfahren für das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte bei gleichzeitigem Festhalten am Beamtenstatus halten wir für falsch.

Christel und Karl-Heinz Schulze, Remscheid

WER KÄMPFT GEGEN WEN?

(E&W 2/2023, MITGLIEDERFORUM SEITE 45: „SEHR VERÄRGERT“ UND „ENTSCHEIDENDE FRAGEN“)

[...] Ich stelle fest – „als Lehrender und Erziehender“, auf fast 40 Jahre Russisch-Unterricht zurückblickend (inklusive Schüleraustausch etc.) –, dass mein Bemühen um Wiederannäherung unserer Völker (Russen und Deutsche) nicht vergeblich gewesen sein kann. Häufig werden Urteile durch Unkenntnis, zurückgehaltene Wahrheiten oder Ressentiments – zum Beispiel alter latenter Russenhass – provoziert.

Eine einfache Frage könnte zu etwas mehr Klarheit führen: Wer in der Ukraine kämpft eigentlich gegen wen bzw. welcher „Popanz“ gegen welchen? (Von wem auch immer aufgebaut.)

Meine Frau, in Lwiw (Lemberg) aufgewachsen (Mutter Russin, Vater Ukrainer), verstand sich immer als Russin. Die Mutter des Bürgermeisters von Kiew, Vitali Klitschko, ist Russin. [...]

Unzählige Beispiele der Uneindeutigkeit in dieser Beziehung ließen sich anfügen. Nikolai Wassiljewitsch Gogol, Sohn eines ukrainischen Landedelmannes, gilt als Vater der russischen realistischen Literatur, Vorläufer von Iwan Turgenjew, Leo Tolstoi, Fjodor Michailowitsch Dostojewski etc.

Ein Wort des Letzteren übrigens (aus „Tagebuch eines Schriftstellers“) wirkt unheimlich aktuell: (sinngemäß) Das von Peter (dem Großen) nach Westen durchgehauene Loch hat uns mehr Nachteile als Vorteile gebracht. Wir haben immer wieder um freundschaftliche Anerkennung buhlend unsere Hände ausgestreckt ... >>>

vergeblich ... Wir standen immer schon mit einem Bein in Asien und mit einem Bein in Europa. Wir haben im Grunde ein Entgegenkommen nicht nötig.
Horst Koop, Hamburg

BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN NÖTIG

(E&W 3/2023, SEITE 10 FF.: „BAUSTEIN FÜR MEHR GLEICHSTELLUNG IN DER WISSENSCHAFT“ UND SEITE 21 FF.: „GLEICHUNG MIT VIELEN UNBEKANNTEN“)

Ich stimme Karin Höhne von der Charité voll und ganz zu. Es müssen endlich bessere Arbeitsbedingungen für weibliche Forschende geschaffen werden. Ich möchte an dieser Stelle noch mal auf meinen Leserbrief verweisen (s. E&W 11/2022), in dem ich generell mangelnde Flexibilität im Bildungsbereich kritisiert habe, was im Übrigen auch der Autor Sven Heitkamp in seinem Artikel anspricht. Auf mich treffen verschiedene Aspekte zu, da ich Realschullehrerin und Doktorandin bin und unsere Familienplanung in nicht allzu ferner Zukunft liegt. Angesichts der momentanen Lage sehe ich mich vor der Herausforderung zu entscheiden, ob ich entweder ein Kind bekomme und danach wieder an der Schule arbeite, oder ob ich zunächst mit einer Abordnung in die Forschung gehe und die Familienplanung hintenanstelle. In Albträumen sehe ich mich schon mit Dokortitel und Kind in Teilzeit an einer Brennpunktschule feststecken. Das darf nicht sein. Arbeitsmodelle im Bildungsbereich müssen wesentlich flexibler werden, mehr Stellen für weibliche Forschende an Hochschulen geschaffen werden sowie Schulleitungen ermutigt und unterstützt werden, Abordnungen zu genehmigen. Nur dann kann der Anteil der Frauen in der Wissenschaft erhöht werden.
Kim Embrey, Columbus, OH (USA)

BESSER LERNEN IN KLEINEREN KLASSEN

(E&W 3/2023, SEITE 32 FF.: HINTERGRUND „DIE KMK UND DER LEHRKRÄFTEMANGEL“)

[...] Zur Lösung des Lehrkräftemangels schlägt die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (KMK) unter anderem größere Klassen vor. Eine Umsetzung dieses Vorschlags führt in die Irre. Zu gerne beziehen sich zahlreiche Politiker auf die

„Hattie-Studie“ aus dem Jahr 2009. Auf den ersten Blick macht diese einen glauben, dass Klassengröße und Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler nur in geringem Zusammenhang stehen. Das nahmen natürlich Politiker mit Freuden zur Kenntnis, muss man der Studie zufolge nicht in mehr Lehrkräfte investieren.

Liest man die Untersuchung jedoch genau, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Der neuseeländische Bildungsforscher John Hattie attestiert dem Merkmal „Lernen in Kleingruppen“ sogar eine relativ hohe Wirksamkeit, schränkt aber ein, dass eine Reduktion von 35 auf lediglich 25 SchülerInnen wenig Effekt zeigt.

[...] Die Vorteile kleinerer Klassen liegen auf der Hand: SchülerInnen aus kleinen Klassen müssen seltener wiederholen, schwänzen weniger, und es werden weniger Disziplinarstrafmaßnahmen verhängt. Zudem werden Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern in Klassen mit weniger als 17 SchülerInnen signifikant besser gefördert. Das alles kann man in dem in der Zeitschrift Bildungsforschung 1/2018 veröffentlichten Beitrag von Volker Hagemeyer („Analyse der Hattie-Studie“) nachlesen. [...] Sibylle Käß, Wolpertshausen

BLICK AUF DEN OSTEN FEHLT

(E&W 3/2023, SEITE 35 FF.: „EIN POLITISCHER TORSO“)

Dem Artikel kann ich nur zustimmen. Der Autor Karl-Heinz Reith erwähnt die Gründe im Westen Deutschlands. Ich vermisse jedoch den Blick auf den Osten Deutschlands, der nach Jahrzehnten der Wiedervereinigung einfach nicht fehlen darf. Abgesehen von der politischen Vereinnahmung hatte die DDR eine sehr gute Bildungsarbeit geleistet. Deren Vorteile wurden sehr häufig missachtet. Als gestandene Lehrerin mit fast 35 Jahren Dienstzeit frage ich mich fortlaufend, warum das Muster, das zu einem großflächigen Versagen in der Bildungspolitik geführt hat, nicht durchbrochen werden konnte. Noch 20 Jahre Lehrermangel, sagt die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz. Vielleicht hätte man diesen nicht verhindern können, aber mit Sicherheit wäre es möglich gewesen, dass er nicht solche Dimensionen annimmt. Mit 20 Jahren begann ich, mit einer 1. Klasse zu arbeiten, ohne Abitur. Heute arbeite ich immer noch gern und engagiert. Und ich bin kein Einzelbeispiel. Schade, dass sich für die Vorzüge der DDR-Ausbildung nach der Wende niemand mehr interessierte.

Ines Herrmann, Dresden

SCHWER, NICHT IN IRONIE ZU VERFALLEN

(E&W 3/2023, MITGLIEDERFORUM SEITE 44 F.: „GRUNDSCHULLEHRERINNEN IN DER PFLICHT“)

Gerne widerspreche ich dem Kollegen Klaus-Jörg Ziolko vehement – und es fällt mir sehr schwer, nicht in Ironie zu verfallen: Ja, merken wir Grundschullehrkräfte denn nicht, dass die Lernergebnisse in der Grundschule immer schlechter ausfallen? Doch, wir merken es, aber aus irgendeinem Grund mucken wir nicht auf, sondern versuchen, den „Laden“ irgendwie am Laufen zu halten. Außerdem sind wir doch schon froh, wenn der Unterricht überhaupt stattfindet (Lehrkräftemangel und so). Wie lange noch wollen wir es uns zum Unwohl der Kinder gefallen lassen, dass wir oft keine zeitlichen oder kräftemäßigen Ressourcen haben für ausreichende Diagnostik in den

viel zu großen Klassen? Oder falls wir sie haben, können wir damit oft nichts anfangen, weil für die anschließende Förderung Zeit, Raum und Personal fehlen. Warum lassen wir uns das und vieles andere gefallen und warum landen nicht täglich mehrere Brandbriefe auf den entsprechenden Schreibtischen? [...] Juliane Kühne, Berlin

Kontakt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.

E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Beiträge im Mitgliederforum spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion bittet darum, die Leserinnen- und Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden.

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen.

Anonym zugesandte Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



ERDBEBEN TÜRKEI UND SYRIEN

© picture alliance / AA Ozan Eteoglu

Jetzt spenden!

Starke Erdbeben haben in der Türkei und Syrien ein unvorstellbares Ausmaß der Zerstörung hinterlassen. Viele Menschen sind tot und Tausende verletzt. Aktion Deutschland Hilft leistet Nothilfe. Mit Nahrungsmitteln, Trinkwasser und medizinischer Hilfe. Helfen Sie jetzt – mit Ihrer Spende!

Spendenkonto: DE62 3702 0500 0000 1020 30
Jetzt spenden: www.Aktion-Deutschland-Hilft.de



Aktion Deutschland Hilft
Bündnis deutscher Hilfsorganisationen

Ihre Anzeige in der E&W:
Tel. 0201/84300-0 · anzeigen@stamm.de

ROCKET EDU

DAS PERMA-KIT
Anbauen mit Permakultur-Prinzipien

www.rocket-edu.de

**Nordsee/Norddeich
Freizeitgruppenhaus**

Für Selbstversorger (max. 28 Pers.), ideal für Klassenfahrten/Freizeiten/Seminare, tolle Freizeitangebote, kompl.eingerichtet, Strandnähe.

www.selbstversorgerhaus-nordsee.de Tel. 04941 / 68865

**Hamburg
Schülertouren**

St. Pauli, Speicherstadt, Hafenrundfahrt
kiezjungs@gmail.com, T: 040-27872891
www.kiezjungs.com

Andalusien

Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.

T: 05171/16343 www.la-ruca.de

Die Quintenzirkeluhr
und vieles mehr

5% Oster-Rabatt bis 30.04.2023 für Leser*innen der E&W mit dem Bestell-Code: **EW23**

UvdS DESIGN
NEU: Lesezeichen
UvdS-Design.com
webshop.uvds-design.com

www.schulorganisation.com

**Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit**

☎ 02521 29905-10

FL SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Beamendarlehen - Beamtenkredit 10.000 € - 120.000 €

■ Vorteilzins für dem öffent. Dienst
■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
■ Baufinanzierungen echt günstig

Kostenfrei anrufen
0800 - 1000 500
öD-Beratung seit 1976

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

AK-Finanz.de Unser Tiefzins **Echt sehr gut**
Kredite umschulden!

info@ak-finanz.de AK-Finanz Kapitalvermittlungs GmbH, E3, 11 Plancken, 68159 Mannheim, Tel: (0621) 178180-0

DIESMAL



BILDUNGSPOLITIK .. MUSIKALISCHES RAHMENPROGRAMM...
DIE SEKUNDARSTUFENKEHLCHEN